



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

**Das Sorgenkind der US- Außenpolitik: unter
welchen Voraussetzungen kann Guantanamo an
Kuba retourniert werden?**

Verfasser

Mohammad Najman

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. *phil.*)

Wien, im Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Ao. Univ.- Prof. DDr. Ingfrid Schütz- Müller

DANKE

Ich möchte mich bei allen für die zahlreichen praktischen Hilfen, Unterlagen, Informationen und das Interview mit Dr. Walter Gehr vielmals bedanken.

Herzlichen Dank auch an die St. John's University in Queens, New York, für deren Erlaubnis in ihrer Bibliothek für meine Diplomarbeit forschen zu dürfen.

Ein besonderer Dank gilt auch all jenen, die mich beim Erstellen dieser Diplomarbeit geistig unterstützten und ihren Lauf interessiert verfolgt haben.

Meiner Familie, die mich während der gesamten Studienzeit in jeglicher Hinsicht unterstützt hat. Meinen Eltern für die Finanzierung meines Studiums und deren unermüdlicher Rückhalt.

Meinen Dank möchte ich schließlich auch an meinen Betreuer Herrn Ao. Univ.-Prof. DDr. Ingrid Schütz- Müller richten, für die wertvollen Anregungen, Denkanstöße und sein umsichtiges Begleiten.

Inhaltsverzeichnis

A) ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	6
B) ABBILDUNGSVERZEICHNIS	6
I. EINLEITUNG.....	8
I.1. HYPOTHESEN	11
1.2. METHODE.....	12
II. THEORIE	13
II.1. THEORIE IN DEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN	13
II.2. HEGEMONIE	14
III. KUBA.....	16
III.1. GESCHICHTE ZU GUANTÁNAMO.....	16
<i>III.1.1. Die Besetzung durch die USA</i>	<i>16</i>
III.2. ARGUMENTE NACH ALLGEMEINEM VÖLKERRECHT	25
<i>III.2.1. Das Recht der Verträge.....</i>	<i>25</i>
<i>III.2.2. Vertragsbeendigung</i>	<i>25</i>
<i>III.2.3. Willensmängel und Gewaltanwendung.....</i>	<i>26</i>
<i>III.2.4. Vertragsbruch</i>	<i>26</i>
<i>III.2.5. Die Enklave</i>	<i>26</i>
III.3. POSITION DER KUBANER	27
III.4. GUANTÁNAMO BASIEREND AUF DAS VR UND DEM CASTRO- REGIME	28
IV. USA- KUBA: EINE SPEZIELLE BEZIEHUNG	28
IV.1. DIE KUBANISCHE REVOLUTION	28
<i>IV.1.1. Die Diktatur Batistas</i>	<i>28</i>
<i>IV.1.2. Fidel Castros Aufstieg</i>	<i>29</i>
<i>IV.1.3. Die Schweinebucht- Invasion.....</i>	<i>33</i>
IV.2. TORRICELLI ACT	35
<i>IV.2.1. Einige Passagen des Torricelli Acts</i>	<i>36</i>
IV.3. HELMS BURTON ACT.....	37
<i>IV.3.1. Die Rolle des CANF.....</i>	<i>38</i>
<i>IV.3.2. Die internationale Reaktion auf das Gesetz</i>	<i>39</i>
<i>IV.3.3 Auszüge aus dem Helms Burton</i>	<i>39</i>
IV.4. KUBA UND DER INTERNATIONALE TERRORISMUS.....	40
IV.5. OBAMAS KUBAPOLITIK	41

V. NEUE US- AUßENPOLITIK UNTER OBAMA	42
V.1. DIE AUßENPOLITIK VON G. BUSH UND B. OBAMA	42
V.1.1. <i>Unilateralismus vs. Multilateralismus</i>	43
VI. SICHTWEISEN ZU GUANTÁNAMO.....	45
VI.1. VÖLKERRECHTLICHE SICHT.....	45
VI.1.1. <i>Wienervertragsrechtskonvention von 1969</i>	48
VI.1.1. <i>Der Vertrag vom 29. Mai 1934</i>	49
VI.2. POLITIKWISSENSCHAFTLICHE SICHT	50
VII. MÖGLICHE KONSEQUENZEN BEI EINER RÜCKGABE GUANTANAMOS.....	52
VII.1. VÖLKERRECHTLICHE SICHT.....	52
VII.2. POLITIKWISSENSCHAFTLICHE SICHT	53
VIII. MÖGLICHE KONSEQUENZEN FÜR DIE GEFÄNGNISINSASSEN	55
VIII.1. DAS GEFANGENENLAGER AUF GUANTANAMO	55
VIII.1.1. <i>Guantanamo nicht ohne Grund ausgewählt</i>	57
VIII.1.2. <i>Der Kampf gegen die Taliban und Al- Kaida</i>	60
VIII.1.3. <i>Die Rechtsstellung auf Guantanamo</i>	61
VIII.2. DIE SCHWIERIGKEITEN BEI FREILASSUNGEN.....	62
VIII.2.1. <i>Wie man Guantanamo schließen könnte</i>	64
VIII.3. WER WILL UND SOLL GUANTANAMO- HÄFTLINGE AUFNEHMEN?	64
IX. CONCLUSIO	66
IX.1. ZUKUNFTSVARIANTEN.....	69
X. ANHANG	71
X.1. VERTRAG VON PARIS VOM 10. DEZEMBER 1898.....	71
X.2. LEASINGVERTRAG VOM 23. FEBRUAR 1903	78
X.3. VERTRAG VOM 29. MAI 1934.....	83
XI. LITERATURVERZEICHNIS	87
X.1. LITERATURQUELLEN	87
XI.1.1. <i>UN Charta und Wiener Vertragsrechtskonvention</i>	92
XI.2. ZEITUNGS- UND ZEITSCHRIFTENQUELLEN	92
XI.3. INTERNETQUELLEN	92
XII. LEBENSLAUF	94

A) Abkürzungsverzeichnis

CANF: Cuban- American National Foundation

ILC: International Law Commission

ELN: National Liberation Army

FARC: Revolutionary Armed Forces of Colombia

POW: Prisoners of War

B) Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 http://www.realnews247.com/camp_x_ray_org.htm , 11.11.2011	16
Abbildung 2 http://www.gipfel-und-grenzen.de/was_sind_enklaven_exklaven_.php , 05.01.2012	27
Abbildung 3 http://www.n-tv.de/politik/Obama-fuehrt-Tribunale-wieder-ein- article2782721.html , 30.11.2011	55

„Since the triumph of the revolution in January 1959, the revolutionary government has denounced the illegal occupation of that part of our territory occupied by the United States. But at the same time, the United States has transformed the occupied territory of the Guantánamo Naval Base into a permanent source of threats, provocation and violation of Cuba's sovereignty, with the aim of creating obstacles for the victorious revolutionary process. The base has always been part of the plans and operations conceived by Washington to overthrow the revolutionary government”

- Fidel Castro

I. Einleitung

Wenn Menschen heute auf "Guantanamo" angesprochen werden, fallen ihnen nur schnell die Bekämpfung des Terrorismus ein und die Gefangenenlager auf der Insel, welche unter Folter ausgefragt werden. Darüber hinaus verbindet sie es automatisch mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA und daraus resultierenden Politik des damaligen US-Präsident George W. Bush im Kampf gegen den Terrorismus. Doch das mit Guantanamo 1903 in Wirklichkeit eine Enklave geschaffen wurde, ist nur wenigen bekannt und ebenfalls dass das Gefangenenlager von der ursprünglichen Thematik komplett ablenkt.

Der 11. September 2001 hat die Internationale Politik in vielen Punkten geändert und die Sicherheitsthematik hat einen neuen Status erreicht. Der Terminus "Terrorismus" seit diesen Anschlägen ist in aller Munde und es wird vieles unternommen, um weitere Anschläge zu verhindern. Es ist aber dann zugleich die Frage, inwieweit das Völkerrecht umgangen werden kann und darf und ob es Regierungen erlaubt ist, sich außerhalb der Verfassung zu bewegen. Folter Menschen anzudrohen oder gar zu praktizieren, nur um Informationen zu möglichen Angriffen zu erhalten, kann nicht die Regel sein. Weder für Privatpersonen und schon gar nicht für Politiker und Regierung darf die Devise heißen, *der Zweck heiligt die Mittel* und deswegen werden Maßnahmen ergriffen, die zwar nicht alle zufrieden stellen, aber immerhin Menschenleben retten. Eben das wurde dem 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush, in seiner Amtszeit von 2001 bis 2008 zum Verhängnis. Die Inhaftierung viele vermeintlicher Talibankämpfer und Terroristen im Rahmen des "War on Terror" im Militärlager auf Guantanamo in Kuba hatte ihn sowohl national als auch international herbe Kritik eingebracht. Auch das Image der USA ist mit seiner Präsidentschaft massiv geschädigt worden.

Wenn die noch einzige Supermacht der Welt damit proklamiert, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind das Kernelement ihrer Politik, dann darf zu Recht die Frage gestellt werden, weswegen sie im Krieg gegen den Terrorismus all das missachten?

Werden in Kriegen SoldatInnen festgenommen, so gibt es laut Genfer Konvention genaue Vorschriften, wie diese Gefangenen zu behandeln sind und was ihnen unter keinen Umständen widerfahren darf. So erlangten die Amerikaner im Krieg gegen Irak einen weiteren unrühmlichen Status, als amerikanische SoldatInnen irakische Häftlinge in das Abu Ghraib Gefängnis brachten und sie dort auf unmenschliche Art und Weise behandelten. Die

Genfer Konvention sieht klar vor, dass auch Häftlinge das Recht auf ihre Würde haben und sie nicht verletzt werden darf. Ist es jedoch einer Supermacht erlaubt, dies zu ignorieren und die Gewissheit haben, ihnen kann nichts geschehen? Wenn diese und andere Fragen mit einem klaren Nein beantwortet werden kann, wie kann es sein, dass dann in Guantanamo neben Herabwürdigungen auch noch Folter praktiziert wird, obwohl viele Gefangenen gar keine vermeintlichen Terroristen sind und mit all dem nichts zu tun haben? Wieso wird von oberster Stelle erlaubt, in diesem Fall vom Präsidenten, "Waterboarding" anzuwenden, bei dem das Simulieren vom Ertrinken angewendet werden. Den Gefangenen wird dabei ein Tuch über das Gesicht gezogen, bei der sie nichts sehen können und durch das ständige übergießen von Wasser entsteht der physiologische Eindruck ertränkt zu werden.

Als wären all diese Maßnahmen nicht erschwerend genug, haben die Gefangenen auch keinerlei rechtliche Möglichkeit sich zur Wehr zu setzen. Guantanamo wird nicht als amerikanischer Boden betrachtet und deswegen können dort auch keine US- Rechte gelten, so die plausible Erklärung der damaligen Bush- Administration. Jedoch ist Guantanamo unter amerikanischer Hoheitsgewalt. Welches Recht gilt dort dann überhaupt? Kann es ein "rechtsfreies" Gebiet geben, in dem nichts gilt und einzig der Präsident der Vereinigten Staaten entscheiden kann und darf, was dort geschieht? Was für eine Art Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kann das sein? Darf im gleichen Atemzug die noch bestehende Supermacht alle Staaten dazu ermutigen und verpflichten ebenen diese beiden Punkte zu beachten und größten Wert darauf legen?

Sein Unilateralismus führte soweit, dass selbst enge Verbündete der USA sich von ihm und seiner Politik abgewendet haben und auch die internationale Staatengemeinschaft nicht mit Kritik gespart hatte.

Dass Guantanamo mit Männern in Overalls 2002 aufgrund dieser Maßnahmen weltweiten Ruhm erlangten, ist nur eine Seite der Medaille. Dass der amtierende Präsident der USA, Barack Obama, das Gefängnislager sobald als möglich schließen und das Gebiet es Kuba zurück geben will, ist zwar sehr vernünftig, aber stellt sich doch die Frage, warum das bis dato nicht geschehen ist, er sein Wahlversprechen nicht einhalten konnte und eine mögliche Rückgabe nicht vor den Präsidentschaftswahlen 2012 erfolgen wird. Selbst ein unterschriebenes Dekret im Jahr 2009, unmittelbar nach seiner Amtseinführung zur Schließung des Gefängnisses, musste er ein Jahr später zurück nehmen.

Um jedoch das Problem Guantanamo verstehen zu können, ist, wie in vielen Fällen, der historische Hintergrund zu kennen. Dass Guantanamo erst durch das X-Ray Gefängnis ein internationales Echo in der Medienwelt erlangte, spiegelt nicht die wahre Geschichte wider. Es wurde nur zufällig als Lager im Kampf gegen den internationalen Terrorismus ausgewählt. Das Gebiet und die Militärbasis selbst haben mit alldem nichts zu tun.

Um dieses Areal wird seit Mitte der 1950er Jahre politisch gekämpft, bei der Kuba sein altes Territorial wieder haben möchte, nachdem sie die Meinung vertreten, dass der 1934 verhandelte Vertrag zwischen ihnen und der USA nicht völkerrechtskonform war und daher das Gebiet längst zurückgegeben werden müsste.

Dass der Revolutionsführer Fidel Castro die USA spätestens seit der Schweinebucht Invasion als größtes Feindbild sieht, mag ein Grund sein, weswegen eine Einigung beider Staaten nicht schon längst erzielt worden ist. Auch seine Politik im eigenen Land hat dazu geführt, dass die USA dementsprechend Handelsembargos gegen das Land einführten und so dem Land massive wirtschaftliche Schäden zugefügt haben.

Erst durch die Präsidentschaft von Barack Obama, seiner Bereitschaft mit dem Castro-Regime Gespräche führen zu wollen, Castro Rückzug aus seinen politischen Ämtern und der gleichzeitigen Machtübernahme seines Bruders Raul, ist Bewegung in die verhärteten Fronten gekommen. Und wenn der amerikanische Präsident tatsächlich das Gebiet Guantanamo an Kuba zurückgeben will, muss auch die Gegenseite in gewisserweise ihre Politik ändern. Es kann zu einem positiven Abschluss nur dann kommen, wenn beide Parteien aufeinander zugehen und auf diese Art und Weise einen Kompromiss erzielen.

I.1. Hypothesen

Folgende Hypothesen lassen sich ableiten:

- Wenn Castro eine appeasement Politik gegenüber den USA betrieben hätte, dann wäre der Einfluss der Miami- Kubaner geringer und eine Rückgabe Guantanamos wahrscheinlicher.
- Wenn antagonistische Sachverhalte in völkerrechtlich, regelbare Materien umgegossen werden sollen, dann ist ein Erfolg nur dann gewährleistet, wenn die Beteiligten die möglichen Ergebnisse akzeptieren.

In dem Vertrag wurde dabei ein wesentlicher Punkt extra hinzugefügt. Nur wenn beide Staaten die Beendigungen des Pachtvertrages unterzeichnen, kann Guantanamo an die Kuba retourniert werden und hierbei scheiden sich die Geister. Kann ein solcher völkerrechtlicher Vertrag überhaupt unterzeichnet werden und können dort Gesetze einfach außer Gefecht gesetzt werden, ist etwas, dass in dieser Arbeit untersucht werden soll.

Diese sehr komplexe, völkerrechtliche Thematik war für mich ausschlaggebend, weswegen ich es gewählt habe. Dementsprechend ist bereits im Titel meiner Arbeit auch die Fragestellung beinhaltet.

- **Unter welchen Voraussetzungen kann das Gebiet Guantanamo an Kuba zurückgegeben werden?**

Um das beantworten zu können, habe ich meine Diplomarbeit in mehreren Phasen unterteilt. Zunächst wird der historische Aspekt zu USA und Kuba bezogen, im nächsten Punkt die Beziehungen beider Staaten erwähnt. Das Kernelement stellt dann der fünfte Punkt dar, in der sowohl die politikwissenschaftliche als auch die völkerrechtliche Sicht zu Guantanamo thematisiert wird. Der Schlussteil beschäftigt sich dann mit dem umstrittenen Gefangenenlager und hierbei wird versucht zu erklären, wie das Gefängnis geschlossen wird und wie dann die Rückgabe an Kuba erfolgt. Zu betonen ist Weiters, dass vor allem für mich das Völkerrecht in dieser Arbeit eine sehr entscheidende Rolle spielt und Guantanamo ein Exempel statuiert hat, welch Grandwanderung das internationale Recht durchwandert.

Da ohnehin das allgemeine Völkerrecht kein zwingendes Recht ist, wird sie mit diesem Beispiel auf eine harte Probe gestellt und auch über deren Sinnhaftigkeit gesprochen. Bis zum heutigen Tage wird diese Schwäche in vielen Büchern thematisiert. Ein internationales Recht, das geschaffen wurde, jedoch kein Durchsetzungsvermögen besitzt. Die Staaten können hierbei vor keinem Gericht gebracht werden und wegen Völkerrechtsverletzungen angeklagt werden.¹ Eben das war eines meiner Gründe, weswegen ich mir dieses Thema ausgesucht habe.

Schon zu Beginn meines Studiums habe ich mich intensiv mit Internationale Politik beschäftigt und auch meinen Fokus darauf gelegt. Im Laufe der Zeit wurde immer mehr Wert in diese Richtung gelegt. Auch einem einjährigen Studienaufenthalt im Rahmen des ERASMUS Programmes in Oslo, Norwegen, im Studienjahr 2008 / 2009 habe ich dazu genutzt, um meine Kenntnisse in Internationale Politik sowie internationale Sicherheitspolitik zu vertiefen. Die Tatsache, zweimal im österreichischen diplomatischen Dienst einen Volontariat abgelegt zu haben sowie völkerrechtliche Kurse und auch zwei Studienreisen mit meinem Diplomarbeitbetreuer zu den Vereinten Nationen in New York, haben mich dazu gebracht, meine Diplomarbeit über ein Thema zu schreiben, dass neben der Politikwissenschaft auch das Völkerrecht beinhaltet und so kam es zu dieser Wahl. Zu betonen ist, dass die zweite Teilnahme an der Studienreise dazu genutzt wurde, um an der St. John's University in Queens, New York für meine Diplomarbeit zu forschen und recherchieren.

1.2. Methode

Die Arbeit stützt sich methodisch auf unterschiedliche Primärquellen, wie völkerrechtliche Verträge und Berichte bzw. Resolutionen der Vereinten Nationen, welche qualitativ analysiert werden. Weiters werden Monographien, Beiträge aus Sammelbänden und wissenschaftliche Zeitungsartikel verwendet. Durch die Aktualität und des großen weltweiten medialen Interesse wurden auch Internetquellen herangezogen. Ein Experteninterview bildet ebenfalls eine wichtige Erkenntnisquelle.

¹ Vgl. Hebenstreit (2004), Seite 17

II. Theorie

II.1. Theorie in den internationalen Beziehungen

Internationale Beziehungen sind seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ein eigenständiges Teilgebiet der Politikwissenschaft und seit ihrem Bestehen in noch ständiger Ausdifferenzierung und kaum noch überschaubar. Aufgrund der vielen verschiedenen und oftmals konkurrierenden Theorien, Ansätze, Perspektiven und Konzepte wird es als "Theorienpluralismus" bezeichnet. Dies ist auf drei Punkte zurückzuführen. Erstens ist es das Ergebnis kumulativer Theoriebildung und einer Professionalisierung innerhalb einer akademischen Disziplin. Zum zweiten der Spannweite an Theorienangeboten eine Folge von Adaption von Erkenntnissen aus verwandten und benachbarten wissenschaftlichen Disziplinen. Und schließlich ist es auch auf ein enges Wechselverhältnis mit realhistorischen und gesellschaftspolitischen Kontexte zurückzuführen.²

Ein Meilenstein der Internationalen Beziehungen waren die Konflikte zwischen dem Realismus und dem Idealismus in den 1930er und 1940er Jahren. Waren zu dieser Zeit die Idealisten der Meinung, dass durch die Schaffung von internationalen Institutionen wie dem Völkerbund künftige Kriege vermieden werden, waren die Realisten der Ansicht, dass dies nur ein Wunschdenken und eine Utopie sei. Mit dem Scheitern des Völkerbundes einerseits sowie dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges sahen sie sich darin bestätigt.³

Man darf nicht vergessen, dass bei all den erwähnten Theorien es keine allgemein akzeptierte und eine verbindliche Theorie in der internationalen Politik besteht. Wenn dennoch darüber gesprochen wird, so muss der jeweilige Gegenstandsbereich der Disziplin zumindest einmal grob umschrieben werden. So gesehen sind zwischenstaatliche Beziehungen ein Netzwerk von grenzüberschreitender Interaktion staatlicher und nichtstaatlicher Akteure, die in internationaler Politik und transnationaler Beziehung gewöhnlich unterteilt werden.⁴

² Vgl. Spindler/ Schieder (2010), Seite 9 ff.

³ Vgl. ebenda, Seite 11 ff.

⁴ Vgl. ebenda, Seite 18.

II.2. Hegemonie

In der Theorie der internationalen Politik wird mit dem Begriff der Hegemonie vor allem die Vormachtstellung der USA seit dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet. Es gibt dazu eine ganze Menge von Begriffsdefinitionen zu internationaler Hegemonie. Die zwei wichtigsten jedoch sind die neorealistische und Antonio Gramscis Hegemoniebegriff. Diese beiden haben sich seit den 1970er herauskristallisiert. Das neorealistische Bild erklärt die internationalen Verhältnisse als ein "Balance of Power" von Staaten und die ihre Machtkalküle wieder auflösen. Bei der Bildung eines hegemonialen Staates, somit der stärkste, so organisiert und kontrolliert er die Interaktionen von Staaten im Rahmen seiner bestehenden Macht. Durch den Abstraktionsprozess werden internationale Verhältnisse auf globale und regionale Machtstrukturen im Neorealismus beschränkt, bei der Staaten nur dann als Akteure auftreten, wenn sie über das nötige militärische sowie auch ökonomische Potential verfügen.⁵

Gerade der Neorealismus hat in der Internationalen Beziehung ein Bild vermittelt, in der für sie *„die absolute Dominanz von Sicherheitsinteressen, den Selbsterhaltungstrieb der Staaten und die Verweigerung von Kooperation“*⁶ kennzeichnet.

Antonio Gramsci selbst hat dazu selbst drei Definitionen zum Begriff erläutert. Eines davon besagt, dass der *„Begriff Hegemonie dialektisch angelegt ist, weil er Aufstieg, Etablierung und Niedergang eines Herrschaftsverhältnisses erfasst und die Bedingungen dieser Entwicklung reflektiert. Diese Dialektik wird im Begriff des historischen Blocks zurückgenommen, weil dieser ein entfaltetes und stabiles Herrschaftssystem beschreibt.“*⁷

Für die vorliegende Diplomarbeit und dem daraus resultierenden, theoretischen Zugang stellt sich die Frage, ob ein Staat seine Herrschaftsform verliert, wenn er einem anderen Staat etwas zugesteht? So im konkreten Fall, ob die USA ihre Führungsrolle als Hegemoniemacht verlieren, wenn sie dem kubanischen Regime etwas zugestehen, die seit Jahren als Problemfall für die amerikanische Regierung gilt. Davon gehe ich persönlich nicht aus, weil sie sogar demonstrieren, dass sie sowohl an Kooperationen als auch an Institutionen weiterhin festhalten und mit dieser politischen Aktion sie bereit sind auch anderen Staaten gewisse Macht zu überlassen. Es soll auch demonstriert werden, dass die Hegemoniemacht durch ihre

⁵ Vgl. Jacobitz (1991), Seite 7

⁶ Schörnig (2010), Seite 65

⁷ Vgl. Jacobitz (1991), Seite 10

Zugeständnisse gleichzeitig eine Gegenleistung beansprucht. Diese soll damit gezeigt werden, dass die Verbündeten ihre Vormachtstellung weder in Frage stellen noch erhoffen, dass diesem Staat in naher Zukunft der politische Niedergang droht, wie es Gramsci in seiner Perspektive sieht.

III. Kuba

III.1. Geschichte zu Guantánamo

III.1.1. Die Besetzung durch die USA

Die Streitpunkt zwischen den Kuba und den Vereinigten Staaten um das Gebiet von Guantamo, das seit 1903 unter amerikanischer Kontrolle steht, geht zurück auf den Spanisch- Amerikanischen Krieg Ende des 19. Jahrhunderts. Nachdem Spanien im Krieg gegen die USA verloren hatte, wurde der Vertrag von Paris unterzeichnet und sie mussten Kuba an die USA abtreten.

Die USA sahen auf dem 117 km² großen Areal in Guantamo einen wichtigen Boden für ihre künftigen militärischen Operationen und schlossen durch das Platt Amendment am zweiten Juli 1903 mit den Kubanern einen Pachtvertrag für 99 Jahre. Pro Jahr wird eine Gebühr von 2000\$ in Gold an Kuba überwiesen. Am fünften März 1959 verlangte Kuba, dass die USA ihr Militärstützpunkt auf Guantamo aufgeben und das Gebiet retournieren. Hierbei machten sich erste Spannungen zwischen den beiden Staaten bemerkbar. Die monatliche Pachtgebühr von 2,000\$ in Gold wurde auf 4,085\$ erhöht.⁸

Bei der Unterzeichnung des Pachtvertrages wurde darüber hinaus ein wesentlicher Punkt mitunterzeichnet. Nach Ende der Ablaufzeit wird das Gebiet solange in amerikanischer Hand bleiben, bis beide Staaten das Abkommen beenden.⁹



Abbildung 1 http://www.realnews247.com/camp_x_ray_org.htm, 11.11.2011

⁸ Vgl. Castro (2011), Seite 8 ff.

⁹ Vgl. Ratner (2005), Seite 32

III.1.1.2. Der spanisch- kubanische Krieg

Als Christoph Kolumbus 1492 auf seiner Reise nicht wie irrtümlich Amerika entdeckte, sondern einzelne Karibikstaaten vor dem Festland, darunter Kuba, siedelten bereits zu Beginn des 16. Jahrhundert die ersten Spanier auf die Insel. Die spanische Monarchie wuchs rasant seit der Entdeckung und wurde in Europa zu einer starken Macht.¹⁰ Bereits in der ersten Jahreshälfte des 19. Jahrhunderts wurde jedoch diese große Monarchie kleiner. Spanien hatte zusehend mit republikanischen, aufständischen Kämpfern zu tun und viele Staaten des heutigen Lateinamerikas begannen sich von Spanien loszueisen und wurden unabhängig. 1819 musste die spanische Kolonie Florida an Amerika abgeben, in den Jahren danach waren Venezuela, Neu Granada, Peru und Chile nicht mehr unter spanische Herrschaft. Einzig Kuba, Puerto Rico sowie die Philippinen waren noch Teil des Kolonialreichs. Durch innenpolitische Probleme im eigenen Land, hatte auch die Außenpolitik Spaniens immer mehr an Macht verloren und bereits 1868 wurden auf dem Inselstaat Kuba erstmals Stimmen für neuere und bessere Reformen laut. Auch war von einer Unabhängigkeit die Rede. Spanien dachte jedoch nicht daran, ihre Ausbeute lief kontinuierlich weiter und weil alles andere nichts half, riefen die Einwohner Kubas die Menschen zum Aufstand auf.¹¹

Bereits am 10. Oktober 1868 wird in Kuba die Unabhängigkeit mit dem "Grito de Yara"¹² ausgerufen. Damit Spanien diese Botschaft verstand, kam es in den Wochen und Monaten danach zu unzähligen und langen Guerillakämpfen und die Kubaner wollten für ihre Unabhängigkeit kämpfen. Sie waren auch nicht bereit für kleinere Verbesserungen den Kampf niederzulegen. Die spanische Armee konnte die Rebellen nicht aufhalten, in Puerto Rico war 1873 die Sklavenbefreiung bereits im Gange und so sah sich die Kolonialmacht Spanien gezwungen mit den Kubanern zu verhandeln.¹³

1878 wurde Vicente Garcia vom kubanischen Parlament zum Präsidenten ernannt. Für Spanien übernahm General Martinez Campos am 10. Februar 1878 die Bedingungen Kubas für einen "Frieden ohne Unabhängigkeit" an. Diesem Pakt des "Pacto de Zanjón" schlossen sich alle kubanischen Militärs an und der zehnjährige Krieg sowie die erste Unabhängigkeitsbewegung der Kubaner nahmen scheinbar ein Ende ein. Kleinere Gruppen

¹⁰ <http://www.rastlos.com/kuba/geschichte/>, 19.12.2011

¹¹ Vgl. Slupetzky (199) (Diss.), Seite 26 ff.

¹² Grito de Yara: Schrei von Yara

¹³ Vgl. Slupetzky (1999) (Diss.), Seite 32

kämpften noch um den östlichen Teil der Insel und schließlich wurden am 10. Juni 1880 endgültig alle Waffen auf kubanischer Seite niedergelegt.¹⁴

Nachdem die Autonomie des kleinen Inselstaates kaum voranschreitete, kam auch die Wirtschaft ins Straucheln. Der Zuckerrohrhandel war die wichtigste Einnahmequelle für die kubanische Volkswirtschaft und die Vereinigten Staaten waren für sie ein umso wichtiges Exportland. Mit der Einführung von Einfuhrzöllen durch die Vereinigten Staaten, ging auch der Handel massiv zurück und hatte zur Folge, dass Plantagenzüchter ihre Haupteinnahmequelle verloren. Verarmungen des Volkes waren die daraus resultierenden Ergebnisse. Die sich nicht abzeichnende wirtschaftliche Krise führte zu neuerlichen Unruhen auf der Insel aus und unter der Führung des Revolutionsführers José Martí begann am 24. Februar 1895 ein neuerlicher Unabhängigkeitskrieg aus. Bereits am nächsten Tag wurde mit den Worten "Grito de Baíre" die Unabhängigkeit Kubas ausgerufen.¹⁵

Spanien setzte sein Militär ein und es gelang bald darauf den Linken José Martí zu töten. Die Kubaner ließen aber nicht nach und Maximo Gómez sowie Antonio Maceo folgten ihm nach und der Krieg wurde fortgesetzt. Bereits im Frühjahr 1896 entsendete die spanische Krone bis zu 240.000 Soldaten auf die Insel. Die Kubaner hatten lediglich rund 50.000 Männer auf ihrer Seite. Nichtsdestotrotz wurde gekämpft und erstaunlicherweise konnten die überlegenen Spanier kaum Siege einfahren und der Krieg zog sich immer mehr dahin. Das wirkte sich auch im eigenen Land negativ aus und erstmals wurde ernsthaft darüber nachgedacht, Kuba wirklich abzugeben. Die Inselbewohner waren dermaßen stur in ihrer politischen Haltung, dass sie den Spaniern gar keinen Verhandlungsspielraum überließen.¹⁶

III.1.1.2.1. Kubas Zuckerproduktion

Als Christoph Kolumbus 1492 Amerika entdeckt, führt ihn auch sein Weg an Kuba vorbei und diese Insel sollte dann ab 1510/11 für Spanien für einige Zeit als *Hauptstützpunkt in der Neuen Welt* sein. In den weiteren Jahrhunderten entwickelt sich Kuba als immer wichtigeren Ort für Amerika und Europa. So war der Kampf der englischen Krone um Havanna 1762 im Siebenjährigen Krieg ein weiteres Indiz, wie bedeutsam dieser Inselstaat geworden ist. Mit

¹⁴ Vgl. Zeuske (2007), Seite 127

¹⁵ Vgl. ebenda, Seite 134 ff.

¹⁶ Vgl. Slupetzky (1993) (Diss.), Seite 33 ff.

den Besetzungen stieg auch die Zuckerwirtschaft in dieser Region und 1791 durch den Sklavenaufstand der Hauptlieferant Haiti weg fiel. Kubas Zuckerexporte stieg zwischen 1820 und 1870 von 50.000 auf 700.000 Tonnen, Großteils auch durch Sklavenarbeit von Schwarz-Afrikanern, obwohl die britische Krone eine strenge Antisklavereipolitik betrieb.¹⁷

Weil viele Kubaner mit der Wirtschaftspolitik der Kolonialmacht Spanien unzufriedener wurden, kam es von 1868 bis 1876 zur ersten Unabhängigkeitsbewegungen.¹⁸

III.1.1.3. Der spanisch- amerikanischer Krieg

Zusehends machte sich auch die amerikanische Politik für eine Einmischung stark. Kuba war schon lange für die USA ein interessanter Boden, doch man hielt sich lange Zeit aus den Kriegen heraus. Sowohl der erste Unabhängigkeitskrieg 1868 als auch der zweite führten zu regem Interesse des nördlichen Nachbarstaates. Der damalige 22. Präsident der Vereinigten Staaten, Grover Cleveland, und sein Außenminister wollten, wie ihre Vorgänger, sich nicht in den Krieg einmischen. Seine weiterhin sehr zaghafte politische Einstellung Kubas machte sich bei der nächsten Präsidentschaftswahl klar ersichtlich. Er musste eine herbe Niederlage einstecken und der Republikaner William McKinley ging als Sieger hervor. Als erste Amtshandlung war es 1897 Spanien Hilfe anzubieten, um Frieden auf Kuba zu schaffen. Die Situation auf dem Inselstaat konnte nicht verbessert werden und McKinley hatte auch innenpolitisch immer mehr Gegenwind für seine Außenpolitik erhalten. Seitens des Kongresses wurde eine härtere Gangart vom Präsidenten verlangt. Dieser sendete zum Schutz von US- Interessen und um den Spaniern ihr Seemacht zu demonstrieren, ein Schlachtschiff namens "Maine" nach Kuba, welches dann auf mysteriöse Weise am 15. Februar explodierte und in der Bucht von Havanna sank. 260 Seemänner kamen dabei ums Leben.¹⁹

In der zwischen Zeit wird in Washington der amerikanische Präsident McKinley von seinem Minister Theodore Roosevelt dazu gedrängt, sich hierbei einzumischen. Am 10. April 1898 lässt der Präsident dem Kongress eine Botschaft zu kommen, wieso er es für nötig hält, sich nun doch militärisch einzumischen. Auf seinen Wunsch hin, wird jedoch der Krieg noch nicht an Spanien erklärt. Man will ihnen letztmalig eine Chance geben, die Situation auf Kuba

¹⁷ Vgl. <http://www.matices.de/17/17skuba.htm>, 25.11.2011

¹⁸ Vgl. <http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-231.html>, 25.11.2011

¹⁹ Vgl. ebenda, Seite 36 ff.

positiv abzuschließen. Alle Bemühungen waren letztlich vergeblich. Drei Tage später stimmte der Kongress mit einer klaren Mehrheit von 322 zu 19 Stimmen für eine Resolution und dem Präsidenten blieb nichts anderes übrig, als nachzugeben. Am 20. April wurde diese Resolution von ihm unterzeichnet und gleichzeitig alle diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Spanien auf Eis gelegt.²⁰

Amerikanische US- Truppen werden mobilisiert und mit der Blockade Kubas begonnen. Am 24. April 1898 erklärt Spanien den Krieg. Am nächsten Tag ebenso der US- Kongress und kommt es zum Spanisch- Amerikanischen Krieg. Am 12. August 1898 war quasi der Krieg beendet und die Spanier verließen die Insel. Die Armee der Vereinigten Staaten blieb noch dort und übernahm kurze Zeit später das komplette Land. Die kubanische Armee übernahm polizeiliche Tätigkeiten. Nachdem die beiden Kriegsparteien einen Waffenstillstand unterzeichneten, kommt es am 10. Dezember 1898 zum Vertrag von Paris.²¹

Spanien musste Kuba abgeben, ebenso Puerto Rico. Als Entschädigung überreichten die USA den Spaniern 20 Millionen Dollar. Auch die Philippinen waren nicht mehr unter spanischer Kolonialherrschaft, doch dazu gab es bei den Vertragsunterzeichnungen einige Ausnahmeklauseln. Kuba wird zwar durch die Befreiung unabhängig, ist jedoch unter amerikanischer Kontrolle. Ein Beschluss des US- Kongress vom 18. und 20. April 1898 erlaubt Präsidenten McKinley militärisch aktiv zu werden, doch wird darin ebenfalls festgehalten, dass das kubanische Volk frei sei und die Regierung und die Herrschaft dem eigenen Volk überlassen wird. Bis in den 1920er Jahren intervenieren die Amerikaner, danach halten sie sich zurück und überließen Kuba die eigene Selbstbestimmung.²²

²⁰ Vgl. ebenda, Seite 49 ff.

²¹ Vgl. ebenda, Seite 55 ff.

²² Zeuske (2007): Seite 144 ff.

III.1.1.4. Vertrag von Paris²³

Article 1

„Spain relinquishes all claim of sovereignty over and the title of Cuba. As as the island is, upon is evacuation of Spain, to be occupied by the United States, the United States will, so long as such occupation shall last, assume and discharge the obligations that may, under international law, result from the fact of is occupation, for the protection of life and property.“

Article II

„Spain cedes to the United States the island of Puerto Rico and other islands now under Spanish sovereignty in the West Indies, and the island of Guam in the Marianas or Ladrones.“

Article III

„Spain cedes to the United States the archipelago known as the Philippine Islands, [...]. The United States will pay to Spain the sum of twenty million dollars [...], within three months after the exchange of ratifications of the present treaty.“

Article IV

„The United States will, for the term of 10 years from the date of the exchange of the ratifications of the present treaty, admit Spanish ships and merchandise to the ports of the Philippine Islands on the same terms as ships and merchandise of the United States.“

²³ Castro (2011), Seite 115 ff.

III.1.1.5. Der Kampf um Guantanamos Bucht

Wegen seiner großen Bucht, ist Guantanamo relativ bald für die USA interessant geworden. Bereits vor dem Kampf gegen Spanien wurde 1893 der Kongressabgeordnete Hilary A. Herbert unter der Präsidentschaft von Grover Cleveland zum Navy Beauftragten ernannt. Dieser legte im Jahr darauf einen Bericht auf den Tisch, in der die Rolle Navy verstärkt werden soll. "[...] if our government in the future is to command the peace ... it must have more battleships and more torpedo boats", so sein Statement. Dabei kam er zum Entschluss, dass die USA beinahe die gleichen Interessen hatten, wie seinerzeit die Chinesen, Japaner und pazifische Inseln. Doch am meisten waren der südamerikanische Kontinent in ihrem Visier sowie der umliegende Atlantik. Schon bald darauf wurde dieser Wunsch erfüllt und der Kongress hat Schritte gesetzt und die Navy aufgerüstet. Es sollte daher nicht lange dauern, bis erkannt wurde, dass eine gute Verteidigung nur mit einem guten Angriff möglich ist und die gelingt mit einer starken Navy. Diese Gedankenveränderungen in der amerikanischen Politik führten soweit, dass man zum Entschluss kam, in Guantanamo eine Militärbasis zu schaffen, um einen besseren Überblick einerseits zu haben und auch andererseits Präsenz zu sein. Es war aber ihnen zugleich auch klar, dass sie bereit sein mussten, in den unliebsamen Krieg einzugreifen.²⁴

Als der Vertrag von Paris unter Dach und Fach war, waren die Kubaner von ihrem nördlichen Nachbarland abhängig. Während des amerikanischen Protektorats in den Jahren 1899 bis 1903 war die Überlegung, wie sie vor Ort den Inselstaat vor einer neuerlichen Invasion Spaniens beschützen konnten und sehr bald fiel ihre Entscheidung auf die strategisch gut gelegene Bucht von Guantanamo. Hierhin war man sich einig, einen Militärstützpunkt zu errichten, um von der Küste aus den großen Atlantik zu kontrollieren.

²⁴ Vgl. Irving/ Schwab (2008), Seite 25 ff

III.1.1.6. Das Platt Amendment zwischen der USA und Kuba

Nachdem spanisch-amerikanischen Kriegsende 1898, war es den Amerikanern wichtig, ihre Rolle im karibischen Raum verstärkt zu halten. Dazu wurde das Platt Amendment ins Leben gerufen, das in der kubanischen Verfassung niedergeschrieben ist.

1901 wurde vom US-Senator Orville Platt und Verteidigungsminister Elihu Root eben dieses Abkommen entworfen und dem Senat vorgelegt.²⁵

Kubas parlamentarische Versammlung hatte mit 24 zu 2 Gegenstimmen diesen Zusatz abgewählt. Nach einer Einladung dieser Abgeordneten nach Washington D. C. betrug das Verhältnis nur noch 15 zu 14. Schließlich musste sich Kuba dem großen Druck der USA beugen und stimmte am 12. Juni 1901 mit 16 zu 11 Stimmen für diesen Artikel. Andernfalls wären die USA solange in Kuba stationiert geblieben, bis das Abkommen unterzeichnet würde.²⁶ Streitpunkte waren einige Stützpunkte, darunter Bahía Honda und Guantánamo. Im Dezember 1901 fanden die ersten Präsidentschaftswahlen auf Kuba statt. Nach langem hin und her wurde schlussendlich Estrada Palmas als Präsident bestimmt, der auch gute Kontakte zum nördlichen Nachbarn hatte. Am 20. Mai 1902 wurde Präsident Roosevelt ein Schreiben überreicht, in dem dieser dem neuen Präsidenten die Macht übertrug. Die Okkupation galt offiziell als beendet. Die 1901 beschlossene Verfassung wurde aufgehoben und Kuba war nun endlich eine Republik.²⁷

Zwei Artikeln des Platt Amendment Abkommens sind bis dato ein Dorn im Auge der Kubaner, die ihre Politik und Gesellschaft bestimmen.

Article III

„That the government of Cuba consents that the United States may exercise the right to intervene for the preservation of Cuban independence, the maintenance of a government adequate for the protection of life, property, and individual liberty, and the discharging the obligations with respect to Cuba imposed by the treaty of Paris on the United States, now to be assumed and undertaken by the Government of Cuba.“²⁸

²⁵ Vgl. Dietl (1995) (Diss.), S. 74

²⁶ Vgl. Irving/ Schwab (2009), S. 81 ff

²⁷ Vgl. Zeuske (2007), Seite 156 ff.

²⁸ Ebenda, Seite 253

Article VII

„That to enable the United States to maintain the independence of Cuba, and to protect the people thereof, as well as for its own defense, the Government of Cuba will sell or lease to the United States lands necessary for coaling or naval stations at certain specified points, to be agreed upon with the President of the United States.“²⁹

Damit wird den USA erlaubt, mittels ihres Militärs auf der Insel Kuba mitzusprechen, um so auch ihre Interessen zu wahren. Ferner steht es ihnen zu Areale bzw. Gebiete zu kaufen, um ihre militärische Präsenz Vorort zu erweitern.

Durch die neue Politik von Präsident Franklin D. Roosevelt wird im Rahmen des "Good Neighbor Policy" im Mai 1934 das Platt Amendment mit einer Ausnahme außer Kraft gesetzt. Diese Ausnahme erlaubt es den USA weiterhin gemäß Artikel VII die Militärbasis auf dem Hoheitsgebiet unter ihrer Kontrolle zu haben.³⁰

So kam schlussendlich der Pachtvertrag von Guantanamo zustande und dieses Gebiet wird bis zum heutigen Tage von den USA kontrolliert.

III.1.1.4.1. Verpachtung von Staatsgebieten

Bei der Verpachtung von Staatsgebieten werden bestimmte Hoheitsrechte an dem Pächter übertragen, jedoch werden die Staatsgrenzen dabei nicht verschoben.³¹ Diese Besetzung wird spätestens 1959 vom neuen Machthaber Fidel Castro strikt abgelehnt und er fordert konsequent das Gebiet zurück.

Obwohl für die amerikanische Regierung die militärische Besetzung heute nicht mehr so relevant ist, wie zum Ende des Krieges 1898, waren sie kaum bereit, der Forderung der Kubaner nachzugeben. Erst durch die Präsidentschaft von Barack Obama im Jänner 2009 ist zumindest der Wunsch klar geäußert worden, einerseits das Gefängnis sobald als möglich zu schließen und andererseits Guantanamo an Kuba zu retournieren.

²⁹ Ebenda, Seite 254

³⁰ Ebenda., Seite 130 ff.

³¹ Vgl. Stein/ von Buttlar (2005), S. 202

III.2. Argumente nach allgemeinem Völkerrecht

III.2.1. Das Recht der Verträge

Beim Recht der Verträge werden Rechtsgeschäfte im völkerrechtlichen Sinne abgeschlossen, interpretiert und beendet. Sie sind somit Rechtsgeschäfts und Völkerrechtsquelle zugleich. Mit der Unterzeichnung der Konvention über das Recht der Verträge am 23. Mai 1969 im Rahmen der Wiener Vertragsrechtskonferenz wird darin festgehalten, dass nicht der Inhalt, sondern die Form und die Geltung der Verträge geregelt werden. Wie bei fast allen Verträgen, gilt auch im Völkerrecht die *Vertragsfreiheit*. Je nach Anzahl der Vertragspartner wird zwischen *bilateralem* und *multilateralem* Vertrag gesprochen. Sind nur Vertragspartner darin involviert, handelt es sich um ein bilaterales Vertrag, bei mehr als zwei um einen multilateralen. Im Regelfall kommen diese Verträge dann zustande, wenn Staatsoberhäupter, z. B. BundespräsidentInnen oder Monarchen (abhängig von der Staatsform), dies unterzeichnen. Sofern nichts anderes im Vertrag enthalten ist, gilt es als rechtskräftig und wirkend, wenn die Ratifikationen von allen Vertragspartnern erfolgt.³²

III.2.2. Vertragsbeendigung

Die meisten völkerrechtlichen Verträge enden nach einer bestimmten Zeit, die im Vertrag angegeben wird. Wird kein Datum angegeben, so wird der Vertrag durch ein gegenseitiges Abkommen beendet. Eine andere Möglichkeit der Beendigung ist der *Rücktritt* unter bestimmten Voraussetzungen. Dies trifft dann zum Beispiel ein, wenn der Vertragspartner sich nicht an die Auflagen hält und somit klare Vertragsverletzungen begeht.³³

Im Falle von Guantanamo ist die Vertragsbeendigung ein wesentlicher Punkt, das wie bereits erwähnt wurde. So kann das Gebiet an Kuba derzeitigem geltendem Recht nur dann retourniert werden, wenn die USA sowie Kuba einvernehmlich zustimmen.

Der Pachtvertrag um die Hafenstadt Hong Kong wurde von den Briten und Chinesen für die Zeitdauer von 99 Jahren unterzeichnet und wurde pünktlich mit Ablauf dessen am ersten Juli 1997 an China zurückgegeben.³⁴

³² Vgl. Hobe (2008), Seite 215 ff.

³³ Vgl. ebenda, Seite 228 ff.

³⁴ <http://www.hongkong-gesellschaft.de/8.html>, 11.11.2011

II.2.2.1. Verträge ohne zeitliche Angaben

Verträge, die für alle Ewigkeiten abgeschlossen werden, kann es aus der reinen Staatenpraxis ohne Beendigungen nicht geben. Jedoch ist zu überprüfen, welche Parteien dazu nötig sind, um einen solchen Vertrag zu beenden.³⁵

III.2.3. Willensmängel und Gewaltanwendung

Wie im Privatrecht ist auch im Völkerrecht Irrtümer, bewusste Täuschungen und Zwang eine Form der *Willensmängel*, die zu Nichtigkeit eines Vertrages führen. Ferner ist auch die Bestechung eines Staatenvertreters ein weiterer Grund, um den Vertrag als nichtig zu erklären. Darüber hinaus hat sich im Laufe der Zeit auch die internationale Staatengemeinschaft im Artikel 2, Absatz 4 der UN- Charta³⁶ dazu entschlossen, Verträge nicht anzuerkennen, wenn völkerrechtswidriges Handeln für den gesamten Staat entsteht.³⁷

III.2.4. Vertragsbruch

Tritt ein Vertragsbruch ein, so darf von der Gegenseite der Vertrag aufgelöst werden bzw. besteht für die geschädigte Partei Schadensersatzansprüche. Jedoch ist auf Verlangen des/ der Geschädigten der Vertrag nach Punkt und Beistrich gemäß Art. 26 Wiener Vertragsrechtskonvention (WVK) zu erfüllen.³⁸

III.2.5. Die Enklave

Eine "Enklave" umfasst ein Gebiet eines Staates, das sich auf ein anderes Staatsgebiet befindet. Sozusagen hat das Land A einen Teil seines Gebietes im Staat B. Das Gegenteil davon ist die "Exklave". Sprich, jener Staatsteil von Staat A ist eine "Exklave" zu Staat B.³⁹

³⁵ Vgl. Klein (1980), Seite 255

³⁶ Art.2, Abs. 4 UN- Charta: Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

³⁷ Vgl. Hobe (2008), Seite 226 ff.

³⁸ Vgl. ebenda, Seite 227

³⁹ Vgl. http://www.gipfel-und-grenzen.de/was_sind_enklaven_exklaven_.php, 20.12.2011

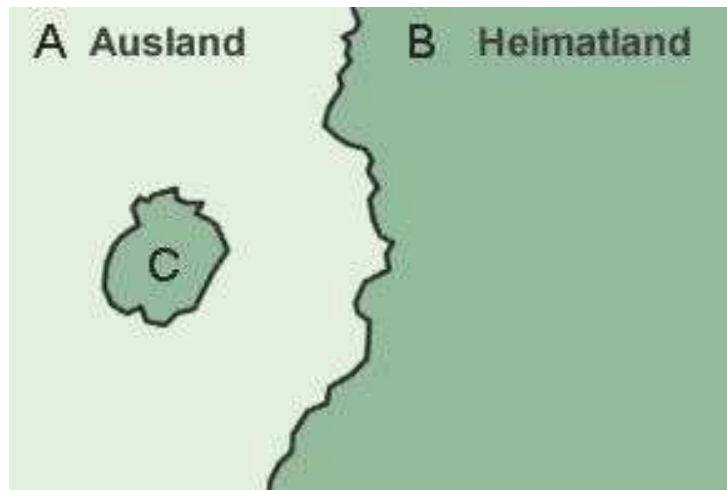


Abbildung 2 http://www.gipfel-und-grenzen.de/was_sind_enklaven_exklaven_.php, 05.01.2012

III.3. Position der Kubaner

„Therefore, the base should have been returned to Cuba in January 1961, when the United States broke off diplomatic relations with the island. At the time, however, the Eisenhower administration stated unilaterally that the United States would retain the base [...].“⁴⁰

Die Kubaner sehen schon seit der Machtergreifung von Fidel Castro im Jahr 1959 die Militärbasis als völkerrechtswidrig und verlangen dies, wie bereits mehrfach erwähnt, unter allen Umständen zurück. Lieber heute als morgen ist ihre Devise. Ihre Ansicht nach ist das Abkommen nicht rechtmäßig zu Stande gekommen und aus völkerrechtlicher Sicht kann kein Pachtvertrag auf alle Ewigkeiten abgeschlossen werden.⁴¹

„[...] because any lease is, per se, temporary.“⁴²

Durch die vereitelte Invasion in der Schweinebucht, bei der die US- Regierung den Oberkommandierenden Fidel Castro stürzen wollte, bekam die Thematik um das Gebiet Guantanamo noch mehr Brisanz. Des Weiteren wurden erstmals US- Embargos gegen Kuba bestimmt, die bis zum heutigen Tage noch aufrechterhalten worden sind.⁴³

⁴⁰ Vgl. Castro, Seite 68

⁴¹ Vgl. Castro, Seite 68

⁴² Castro, Seite 68

⁴³ Vgl. <http://www.arte.tv/de/387256,CmC=387274.html>, 18.11.2011

III.4. Guantánamo basierend auf das VR und dem Castro- Regime

„Das Völkerrecht kennt neben der territorialen Souveränität auch noch die Gebietshoheit. Die Gebietshoheit ist insoweit mit dem Besitz zu vergleichen, als der Staat, der die Gebietshoheit besitzt, auf diesem Gebiet die reine Herrschaft ausübt, die von ihrer Begründung her rechtmäßig oder rechtswidrig sein kann.“⁴⁴

So gesehen ist das Gebiet Guantánamo der territorialen Souveränität Kubas unterteilt, jedoch die amerikanische Regierung die Herrschaftsgewalt besitzt und darüber bestimmen kann und darf.

IV. USA- Kuba: Eine spezielle Beziehung

IV.1. Die kubanische Revolution

IV.1.1. Die Diktatur Batistas

Fulgencio Batista wurde 1901 geboren und wechselte einige Mal seinen Beruf. Er begann als Landarbeiter und landete schließlich beim Militär. Dort hatte er 1933 während der Revolution gegen den Diktator Gerardo Machado die Position als Stenographen im Generalstab eingenommen und somit auf sich aufmerksam gemacht. Durch eine ausgeklügelte und raffinierte Art und Weise führte er gemeinsam mit Unteroffizieren einen Putsch, der zu seinen Gunsten erfolgreich endete. Mit diesem Streich katapultierte er sich vom Sergeant zum starken Mann in Kuba. Dabei war er zwar nicht an die Staatsspitze gelangt, führte aber jedoch im Hintergrund die Fäden. So war für sämtliche provisorischen Präsidenten sowie auch Regierungen im Land verantwortlich. Alle, die quasi nicht nach seiner Pfeife tanzten, entmachte er mit seinem Geschick und Können.⁴⁵

Mit diesem Talent und sein Durchsetzungsvermögen war es daher wenig überraschend, dass er rasch sich zum Generalstabschef hoch arbeitete und somit die volle Gewalt über das Militär verfügte. Er brachte Reformen durch und wurde so innerhalb kurzer Zeit zum Helden vieler Kubaner. Als 1936 Miguel Mariano Gomez zum Präsidenten gewählt wurde, er dann mit einem Veto gegen die von Batistas eingeführte Zuckersteuer einlegte, sorgte dieser dafür, dass der Präsident kurzerhand entmachtete wurde. 1940 erlangte er mit großer Mehrheit der Bevölkerung schlussendlich selbst die Position als Staatsschef des Landes.⁴⁶

⁴⁴ Fischer/ Köck (2004), Seite 156

⁴⁵ Vgl. Allemann (1961), Seite 46 ff.

⁴⁶ Vgl. Allemann (1961), Seite 47 ff.

Dass er das Land als Präsident übernommen hatte, war sehr zur Freude der Vereinigten Staaten und auch der Kommunisten. Batistas ging sogar soweit, dass auch die Gewerkschaften in Linker Hand waren, mit dem Hintergedanken, dass er sich jederzeit wieder von den USA loseisen kann, wenn sie ihm nicht mehr passen. Nach dem Ende der ersten Legislaturperiode seiner Amtszeit als Präsident verzichtete er auf eine neuerliche und war bereit, sich wiederum in die zweite Reihe zu ziehen. Hierbei ging jedoch der Plan nicht auf und das Volk wählte den oppositionellen Grau San Martin zum neuen Staatsoberhaupt. Doch auch diese Regierung vermochte es nicht, jene "Demokratie" dem Land zu verschaffen, die schon Batistas haben wollte. Diese Regierung war von Skandalen geprägt. 1948 war Batista neuerlich an der Macht, diesmal jedoch nur als Senator. Sein Bruder wurde darüber hinaus zum Gouverneur von Havanna gewählt. Nach einem neuerlichen Putsch 1952 hatte der Senator die Macht wieder komplett an sich gerissen und konnte für einige Zeit viele Unterstützer für sich gewinnen. Doch dies war nicht von langer Dauer. Bereits am 26. Juli 1953 formierte sich eine kleine Gruppe und versuchte gewaltsam Batistas Thron zu stürzen. Obwohl dies total misslang, galt das Datum als richtungsweisend zu dieser Zeit. Denn der Organisator dieser Bewegung war der junge Anwalt Fidel Castro Ruz, der dafür sorgte, dass die kubanische Politik sich mit seiner Machtergreifung völlig veränderte.⁴⁷

IV.1.2. Fidel Castros Aufstieg

Durch den gescheiterten Putschversuch wurde Fidel Castro Ruz verhaftet und unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu fünfzehn Jahre Haft verurteilt. Bei diesem Prozess machte auch der junge Anwalt Fidel Castro gar keinen Hehl daraus an Überfall beteiligt gewesen zu sein. Vielmehr vermochte er den Gerichtssaal als Bühne für seine politischen Bewegungen zu benützen und ließ alle anwesenden Menschen wissen, weswegen er hierbei mitgemacht hatte.⁴⁸ Jedoch war dieser nicht lange in Haft, denn der noch immer amtierende Präsident Batista erließ wenig später über ihn und seine Kameraden eine Amnestie ergehen.

Fidel Castro musste für seine Entlassung jedoch einen hohen Preis zahlen. Er musste das Land verlassen und fand sich später mit seinen Weggefährten in Mexiko wieder, um von dort aus einen neuerlichen Putsch zu unternehmen. Dieser neuerliche Versuch war von Fehlern geprägt und dementsprechend ging die Schlacht verloren. Viele Mitstreiter wurden entweder im Kampf getötet oder verhaftet. Von den 82 Männern erreichten lediglich zwölf das

⁴⁷ Ebenda., Seite 48 ff.

⁴⁸ Vgl. Bourne (1988), Seite 120 ff.

anvisierte Ziel. Neben Fidel Castro waren drei andere wichtige Gefolgsleute von ihm. Sein Bruder Raul, der argentinische Mediziner Ernesto Che Guevara und Camilio Cienfuegos.⁴⁹

Als am zweiten Dezember 1956 die Gruppe des "M-26-7"⁵⁰ Kuba erreichten, mussten sie kurzfristig ihren Plan umändern. Gefolgsleute auf der Insel nahmen sie in Empfang und diese waren mit Waffen, Fahrzeugen und einer Vielzahl anderer Männer ausgestattet. Kaum auf dem Festland angekommen, gerieten die Männer in ein Feuergefecht mit der kubanischen Armee, die ihnen weitüberlegen war. Drei Tage später, am fünften Dezember 1956, war es um sie beinahe geschehen. Auf einem Zuckerrohrfeld wurden sie von der Armee aufgespürt und im drauf folgenden Kampf wurden einige getötet oder festgenommen. Castro selbst räumte ein, dass ihr Versteck in den Feldern nicht optimal gewesen war. Die wenigen Anhänger Castros konnten sich zwar in den Bergen verschanzen, jedoch waren sie zum Teil schwer verletzt worden. Wenige Tage später hatte einige ein Angebot der Armee angenommen, am Leben bleiben zu können, wenn sie sich freiwillig ergeben würden.

Fidel Castro und seine engsten Verbündeten erreichten am 16. Dezember über Umwege ihren angestrebten Treffpunkt. Auch andere Überlebende gelangten an diesem Ort und Castro vermochte es mit seiner Rhetorik und Sprachgewandtheit die wenigen Anhänger zu überzeugen, dass sie weiterhin erfolgreich sein werden und bald Batista entmachten.⁵¹

IV.1.2.1. Der Guerillakrieg in der Sierra Maestra

Nachdem misslungenen Angriff und der Flucht in die Berge, planten Castro und sein treuer Freund Ernesto "Che" Guevara eine neue Strategie, wie sie weiters vorgehen würden. Mit einigen Waffen ausgestattet kämpften sie in Sierra Maestra zunächst einmal ums Überleben.⁵²

Durch seine kluge Taktik erzielten diese wenigen Kämpfer in La Plata ihren ersten militärischen Erfolg. Es gelang ihnen die dort stationierte Armee zu besiegen und in weiterer Folge Waffen, Nahrungsmittel und Medikamente in ihrem Besitz zu bringen.⁵³

Um vor Ort die Menschen gegen den noch amtierenden Staatspräsidenten Batista aufzubringen, wurden auch die Medien in den Kampf eingeschaltet, die sich auch als

⁴⁹ Vgl. Allemann (1961), Seite 53 ff.

⁵⁰ M-26-7: *Movimiento de 26 de Julio* (= *Bewegung des 26. Juli*). In Anspielung auf den ersten Putschversuch am 26. Juli 1953. Castro verließ kurze Zeit nach seiner Freilassung die *Orthodoxe Partei* und gründete diese neue Bewegung noch vor seiner Ausreise nach Mexiko.

⁵¹ Vgl. Bourne (1988), Seite 174 ff.

⁵² Vgl. Schenkel Eisenhertz (2008), Seite 39

⁵³ Vgl. Holzinger (2003) (DA), Seite 18.

erfolgreich darstellten. Denn Batista ließ verkünden, dass Castro tot sei und seine Männer entweder mitgestorben sind oder in Haft genommen wurden. Auf Initiative des jungen Juristen, ließ man den bekannten amerikanischen Journalisten Herbert Matthews der "New York Times" in die Berge holen, der auch ein Interview mit Castro führte. Sein Bericht macht schnell alle Menschen aufmerksam und das nicht nur auf dem kleinen Inselstaat. Auch in den USA wurde dieses Echo aufgenommen und brachten den Revolutionär große Sympathien. Batista war mit diesem Bericht als Lügner entlarvt worden und als Krönung dessen, damit er nicht alles abstreiten konnte, ließ sich Castro mit dem Journalisten fotografieren und dieses Bild wurde in der Zeitung abgedruckt. Damit begann für den mittlerweile korrupten und diktatorischen Batista eine schwere Zeit. Teile der Armee brachte er gegen sich auf und allmählich wandten sich immer mehr Bürger Castro zu und wollten ebenfalls, dass Batista endgültig entmachtet wird.⁵⁴

Im März 1957 wurde auf Anraten des Rebellenanführers sämtliche Arbeiten niedergelegt und großer Widerstand gegen das Regime sollte zum Ausdruck gebracht werden. Dieser Generalstreik war zwar sehr klug, führte aber zu einem Blutbad in der Hauptstadt Havanna. Das Regime ließ sich das ganz nicht bieten und schlug mit aller Härte zurück. In anderen Teilen des Landes führte es zum gewünschten Erfolg. Die Armee Castros wuchs mit jedem Tag. Batista hatte immer mehr Menschen gegen sich gehabt, doch ans Aufgeben dachte er nicht. Nachdem jedoch mehrere Angriffe gegen Castro fehl schlugen und er wusste, die Armee nicht mehr in seiner Macht zu haben, begann er sich langsam zu entfernen. Am Neujahrstag des Jahres 1959 war dann endgültig Schluss mit der Batista Diktatur. Zusammen mit seiner Familie und engsten Verbündeten floh er samt Geld außer Landes und ein junger Anwalt namens Manuel Urrutia Lleo wurde zum neuen Präsidenten ernannt.⁵⁵

IV.1.2.2. Die "humanistische Revolution"

Nachdem erfolgreichem Guerillakrieg 1959 war es für die drei Hauptprotagonisten, den Castro Gebrüdern sowie Che Guevara, eine Politik zu formen, die nicht dem klassischen Bild des Kommunismus gleichte. Vielmehr ging es darum die Idee von Jose Martis "humanistische Revolution" einzuführen, die in den Sektoren Landwirtschaft, Soziales, Wohnen, Gesundheit und Bildung ihre Kernelemente hatte. Um dieses Ziel auch zu verwirklichen, war im Gegenzug nötig, das Militär, die Regierung und das politische System und wichtige

⁵⁴ Vgl. Schenkel Eisenhertz (2008), Seite 41 ff.

⁵⁵ Schenkel Eisenhertz (2008), Seite 42 ff.

Produktions- und Finanzierungssektoren zu kontrollieren. Ebenso war es nötig, sozialverträgliche Änderungen bei den Löhnen, den Preisen und den Arbeitszeiten vorzunehmen sowie dem kubanischen Volk die gesamte Insel zur Verfügung zu stellen und die Infrastruktur auf Vordermann zu bringen.⁵⁶

Dass es überhaupt zu dieser Revolution kam, lag einzig und allein daran, den Agrarsektor zu reformieren, um das schwierigste Problem zu lösen. In der Zeit von 1959 bis 1962 war die neue kubanische Macht entschlossen, die Ungleichheit beim Landbesitz, die klare, festgelegte Trennlinie vom Landbesitz für Kleinbauern und Landarbeitern und ebenso die schlechte Infrastruktur zwischen Land und Stadt außerhalb der Plantagegebiete zu verbessern. Ab den 1970er Jahren kam es zu einer sozialistischen Agrarwirtschaft, die sich bis in die 1990er Jahre hinzog und kaum Konkurrenz befürchten musste, weil sämtliche Abgaben durch die kommunistische Staatsführung bestimmt waren.⁵⁷

IV1.2.2. Die Erfolge der kubanischen Revolution

Aber ebenso muss sich die Politikwissenschaft damit auseinandersetzen und erklären können, weswegen die Menschen begannen, Fidel Castro und seine Politik zu lieben und zu unterstützen. Die vielen Reformen führten dazu, dass die Kluft zwischen Arm und Reich beinahe verschwand, die saisonbedingten arbeitslosen Plantagearbeiter kurzerhand in der Bauindustrie eingesetzt wurden und jenen Menschen Land zugesprochen wurden, die selbst über keines verfügten. Darüber hinaus wurde ihnen freie Bildung gewährt und Fidel Castro verstand es durch seine beispielslose Rhetorik dem kubanischen Volk ein neues Nationalstolz wieder zu geben, der vor allem durch die amerikanische Anwesenheit in den Jahren davor verloren ging. Dass plötzlich sogar jemand da war, der es sogar wagte, sich mit den mächtigen Amerikanern anzulegen und ihnen die Stirn bietet, beeindruckte das Gros der Menschen auf der Insel. Die vielen getroffenen Maßnahmen haben nicht dazu geführt, dass die schlechten Lebensbedingungen der Menschen verbessert wurden, aber das Regime wurde in ihrer Politik gefestigt.⁵⁸

⁵⁶ Vgl. Zeuske (2011), Seite 24 ff.

⁵⁷ Ebenda, Seite 26.

⁵⁸ Vgl. Schenkel Eisenherzt (2008): Seite 54 ff.

IV.1.3. Die Schweinebucht- Invasion

Anfang der 1960er Jahre verschlechterte sich die Beziehung zwischen den beiden Staaten. Fidel Castro lässt sich mit dem Regierungschef der Sowjetunion, Nikita Chruschtschow, fotografieren und zieht damit noch mehr den Unmut der Amerikaner auf sich. Dieser hatte zum Beispiel auch Privateigentum, zu dem auch amerikanische Zuckerunternehmen gehörten, verstaatlichen lassen. Die Sowjetunion unterstützen ihre neuen Verbündeten militärisch wie auch wirtschaftlich. Die USA ließen nicht lange mit Reaktionen dezent warten und führten Handelsembargos gegen Kuba ein.⁵⁹

Um den neuen Machthaber Kubas vom Thron zu verstoßen, wagte die Kennedy Administration ein waghalsiges Manöver, das kläglich scheiterte. Bereits hatte der Central Intelligence Agency (CIA) dem Amtsvorgänger, Dwight Eisenhower, ein Dokument vorgelegt, wie sie gegen Fidel Castro vorgehen möchten. Darin wird festgehalten, dass sie ein Programm entwarfen, wie sie die neue Regierung stürzen und eine neue einsetzen, die sowohl kubanischen, wie auch amerikanischen Interessen nützlich sein sollte. Ferner ist dem Schreiben zu entnehmen, dass sie bei dieser Militäroperation jeglichen Verdacht amerikanischer Intervention verhindern wollten.⁶⁰

Der Auslandsgeheimdienst der Vereinten Staaten, CIA, bildete dazu Exilkubaner in Guatemala militärisch aus, damit diese in Kuba eine Art "Brücke" zum Flugplatz bauen und mit Hilfe der Amerikaner Castro stürzen. Am 17. April 1961 haben rund 1500 Söldner die Schweinebucht erreicht. Um möglichst unauffällig das Land zu betreten, wurde Playa Giron als Landungsort ausgewählt, weil dort großes Sumpfgebiet umgänglich erschien.⁶¹

Durch eine Reihe von Fehlern misslang der Putschversuch auf ganzer Linie. Kubanische Kampffjets, die sie von der Sowjetunion erhielten, konnten die Brigadisten zurück drängen und auch ein Luftangriff mit einem B-26 Bomber misslang, weil ein CIA- Verantwortlicher den Zeitunterschied zwischen Nicaragua und Kuba, eine Stunde, nicht mit eingerechnet hatte. So wurden diese abgeschossen, viele andere Brigadisten getötet und noch mehr verhaftet.

⁵⁹ Vgl. <http://www.ard.de/mensch-alltag/invasion-in-der-schweinebucht/-/id=918676/nid=918676/did=1876750/1ixohtr/index.html>, 18.11.2011

⁶⁰ Vgl. Huhn (2002), Seite 10

⁶¹ Vgl. Castro (2008), Seite 283

Wenige Tage danach übernahm der amerikanische Präsident, John F. Kennedy, die volle Verantwortung für das Scheitern.⁶²

Etwa 1200 Söldner wurde verhaftet, diese jedoch im Tausch gegen Medikamente und Nahrungsmittel nach kurzer Zeit wiederum freigelassen. Das Castro- Regime argumentierte die Entlassung der Gefangenen damit, dass es ihnen nicht viel bringen würde, diese länger im Land in Haft zu haben und stattdessen sie mit dem Gegengeschäft für sich und ihr Land einen größeren Dienst erweisen würden.⁶³

IV.1.3.1. Abbruch der diplomatischen Beziehungen beider Länder

Vor der geplanten Invasion auf die Schweinebucht wurden alle diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Kuba abgebrochen. Die Kubaner haben es sich insofern damit verschert, weil sie mit der Sowjetunion im Mai 1960 in diplomatische Beziehungen getreten sind. Um wirtschaftlich aufgrund der Handelsembargos nicht komplett abzustürzen, wurden zwischen den beiden kommunistischen Staaten bilaterale Verträge unterzeichnet und so gegenseitig Waren und Produkte importiert und exportiert.⁶⁴

Bereits 1962 sollte das sehr angespannte Verhältnis zwischen der USA und der Sowjetunion auf eine harte Probestellt worden sein. Kurz vor einem neuerlichen Versuch Castro zu stürzen, sah Präsident Kennedy davon ab, um keine nukleare Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Staatschef Chruschtschow zu haben. Als dieser in weiteren Verlauf die Blockade der amerikanischen Regierung gegen die Insel und dem Raketenabzug akzeptierte, ohne vorher mit Fidel Castro gesprochen zu haben, war die antiamerikanische Politik des kubanischen Führers proklamiert. Und wer den kubanischen Machthaber kennt, weiß, dass dieser solche Tatsachen nicht einfach auf sich sitzen lässt und hat als Reaktion auf Chruschtschow Reaktion ihn auf das übelste beschimpft. Es wurde zwar der Streit zwischen dem Inselstaat und dem nördlichen Nachbarn beigelegt, aber die Beziehungen für viele Jahre auf Eis gelegt.⁶⁵

⁶² Vgl. <http://www.ard.de/mensch-alltag/invasion-in-der-schweinebucht/-/id=918676/nid=918676/did=1876750/mpdid=1876796/oo934s/index.html>, 18.11.2011

⁶³ Vgl. Castro (2008), Seite 284.

⁶⁴ Vgl. Steininger (2011), Seite 22

⁶⁵ Schenkel Eisenherzt (2008), Seite 119 ff.

IV.2. Torricelli Act

In den folgenden Jahren versuchten einige amerikanische Präsidenten die Beziehung zwischen dem Inselstaat Kuba und den USA zu verbessern, doch gegen den sturen Machthaber Fidel Castro waren sie teilweise machtlos. Präsident Nixons Außenminister, Henry Kissinger, bemühte ähnliche diplomatische Erfolge zwischen diesen beiden Staaten zu erzielen, wie davor mit China. Aber kaum war eine leichte Entspannung zu sehen, schon wurden die weiteren Verhandlungen abrupt gestoppt. Fidel Castro und seine Armee griffen nämlich im angolanischen Bürgerkrieg ein. Unter der Präsidentschaft Jimmy Carters wurden neuerliche Versuche gestartet, um die Lage zu verbessern, aber auch hier wurden relativ schnell alle Bemühungen abgestellt, weil kubanischen Truppen sich neuerlich an einem Krieg beteiligten. Diesmal wurden sie nach Äthiopien entsandt, um dort die marxistische Bewegung im Bürgerkrieg zu unterstützen. Als nichts half, war es dann dem 42. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika überlassen, letztmalig positive Effekte zu erzielen. Bill Clinton verschärfte die beiden von seinem Vorgänger eingesetzten Gesetze, die wirtschaftliche Probleme für die kubanische Führung zur Folge hatten. Amtsvorgänger George W. H. Bush führte im Jahr 1992 das "Torricelli", offiziell "Cuban Democracy Act" und das "Helms Burton" Gesetz ein.⁶⁶

Dieses Gesetz soll dazu verwendet werden, das Regime rund um Fidel Castro in seiner Macht zu schwächen und sogar zum Fall zu bringen. Im Frühjahr 1992 reichte der Kongressabgeordnete Robert G. Torricelli das "Cuban Democracy Act" ein, um wirtschaftlich gegen Kuba vorzugehen. Nach ihm wurde auch das Gesetz benannt.

Nachdem das Toricelli- Gesetz im September 1992 das Repräsentantenhaus passierte, verlangten daraufhin viele enge Verbündete der USA, z. B. Kanada, Großbritannien, Schweden, den Präsidenten auf, das Gesetz nicht zu ratifizieren und sein Veto einzulegen. Doch George W. H. Bush dachte nicht daran und unterschrieb diesen Akt am 23. Oktober 1992. Als Krönung dessen suchte sich der Präsident auch einen besonderen Platz für die Unterzeichnung. In Miami fand die feierliche Unterzeichnung im Beisein vieler hoher kubanischer Vertreter.

⁶⁶ Vgl. ebenda, Seite 120ff.

Einer dieser Vertreter äußerte sich nach der Unterzeichnung in einem Interview sehr erfreut darüber.⁶⁷

"I'm very, very happy, (...). It's a historic day for Cuba. I think the countdown for the end of Castro's days in power has really begun."⁶⁸

Dass der republikanische Präsident Bush Miami nicht ganz zufällig für die Unterzeichnung ausgesucht hatte, lag auf der Hand. Zu dieser Zeit befand er sich mit dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten Bill Clinton im Wahlkampf um das Weiße Haus und im Gegensatz zu ihm, war der Herausforderer von Anfang an für dieses Gesetz. Und um zu verhindern, dass Bill Clinton bei der Präsidentschaftswahl die vielen Wahlstimmen von Florida gewinnt, war er bedacht, in der Hochburg der Exilkubaner für sich zu punkten und deren Stimmen zu gewinnen.⁶⁹

IV.2.1. Einige Passagen des Torricelli Acts

Der amerikanischen Regierung war von Anfang bedacht mit diesem Vorhaben das Wohlergehen des kubanischen Volkes zu verbessern und mit deren Unterstützung Fidel Castro aus dem Amt eliminieren. In der Gesetzesvorlage wird betont, dass „*Förderung eines friedlichen Übergangs zur Demokratie durch Anwendung geeigneter Druckmittel auf die kubanische Regierung und Unterstützung für die kubanische Bevölkerung*“⁷⁰ angestrebt wird.

In der Feststellung heißt es, dass das Regime im Laufe seiner Zeit, die Rede-, Presse-, und Versammlungsfreiheit und andere Rechte ständig missachtet habe und so die eigene Bevölkerung von ihrem Recht abgehalten hat. Während das Volk wirtschaftlich leiden musste, wurde das Militär in seiner Position gestärkt, dass diese für mögliche Interventionen in der Lage war mitzumachen. Ferner auch wurde der Rauschgifthandel durch Kooperationen mit anderem südamerikanischen Staaten vorangetrieben.⁷¹

Zu den Sanktionsmaßnahmen gehörten etwa, dass es amerikanischen Tochtergesellschaften mit Sitz im Ausland verboten war mit Kuba wirtschaftliche Beziehungen einzugehen. Darüber hinaus war es auch Schiffen untersagt, an kubanischen Häfen anzudocken. Im Falle eines

⁶⁷ Vgl. Schuhmann (1995) (DA), Seite 70 ff

⁶⁸ Schuhmann (1995) (DA), Seite 73.

⁶⁹ Vgl. ebenda, Seite 70 ff.

⁷⁰ Vgl. ebenda, Seite 130

⁷¹ Vgl. ebenda, Seite 130

Verstoßes gegen dieses Gesetz, dürfen jene Schiffe für 180 Tage nicht mehr amerikanische Häfen anfahren.⁷² Diese beiden Punkte hatten vor allem auf internationaler Ebene für Proteste gesorgt. Selbst vor einer Kritik der Vereinten Nationen waren die USA nicht geschützt. Da viele Unternehmen davon abhängig waren, hatten sie auch ihren Unmut zum Ausdruck gebracht. Die Verbündeten selbst bezogen insofern Stellung, als sie ihre Sorge zu den wirtschaftlichen Problemen für sie äußerten.⁷³

„[...] hurts their economics interests and usurps their authority to fashion laws reflecting national priorities.“⁷⁴

Hinzu kommt, dass es auch Regelungen gab, unter welchen Voraussetzungen und zur im welchen Ausmaß Geld von Exilkubanern an ihre Verwandten überwiesen wurden. Diese Sanktion war eine Reaktion auf die kubanische Flüchtlingskrise im Sommer 1994, als Kubas Grenzen geöffnet wurden und rund 30.000 Menschen von der Insel mittels Schiffen und anderen Transportmittel Richtung Vereinigte Staaten flüchteten. Um die Strömung aufhalten zu können, wurde ein Abkommen zwischen den beiden Staaten abgeschlossen. Darin verpflichteten sich die Amerikaner, ihre Immigrationspolitik gegenüber Kuba zu verändern. Dem vorausgegangen war, dass diesmal die mächtige kubanische Vertretung, CANF, übergangen worden war. Neben ihnen haben auch konservative Politiker sich gegen dieses Abkommen ausgesprochen.⁷⁵

IV.3. Helms Burton Act

Die "Helms Burton" Gesetze, offizielle "Cuban Liberty and Solidarity Act" (LIBERTAD), waren eine weitere, verschärfte Maßnahmen des "Torricelli Acts" gegen den Inselstaat. Dieses Gesetz wurde am 12. März 1996 von Präsident Bill Clinton unterzeichnet. Hierbei wird festgehalten, dass es erlaubt ist, ausländische Unternehmen in den USA verklagt werden könne, wenn sie auf der Karibikinsel ehemaliges, amerikanisches Eigentum an sich nehmen. Dieses Gesetzesvorhaben wurde international stark kritisiert und der Präsident ließ erkennen, dass er von seinem Recht Gebrauch macht und sein Veto einlegt. Doch dazu sollte es nicht kommen, weil am 24. Februar 1996 kubanische Kampffjets zwei Flugzeuge abschossen, weil die sich ihrer Meinung kubanischen Luftraum verletzt haben. Dieser Angriff löste dermaßen

⁷² Vgl. Schuhmann (1995) (DA), Seite 71 ff.

⁷³ Vgl. ebenda, Seite 77 ff.

⁷⁴ Schuhmann (1995) (DA), Seite 78. Zitiert nach: Wong (1994), Seite 652

⁷⁵ Vgl. Gollegger (2007) (Diss.), Seite 168

eine Entrüstung auf, dass dem Präsidenten nichts anderes übrig blieb, als das Gesetz zu unterzeichnen.⁷⁶

Wie beim vorherigen Gesetz waren auch diesmal die mächtigen kubanischen Vertreter CANF in Miami für diese Maßnahmen und der Präsident war in weiterer Folge bedacht, keine unnötigen Stimmverluste einzufahren. Ironischerweise fanden auch hierbei im selben Jahr die Präsidentschaftswahlen in den USA statt und Florida galt schon seit längerem wegen seiner hohen Einwohnerzahl als ein wichtiger Bundesstaat und den dazu verbundenen Wahlmännern. International und v.a. für die Europäische Union stellen die Helms- Burton Gesetze Probleme dar und es wurde auch nicht mit Kritik gespart.⁷⁷

Man muss ehrlichweise betonen, dass sich schon lange die Beziehung verbessert hätte können, würde Fidel Castro mit seiner Sturheit endlich aufhören, doch er denkt auch jetzt nicht daran, nachdem sein Bruder seine Position seit 2008 übernommen hat. Natürlich tragen auch die Amerikaner ihren Teil dazu bei. Nicht zu vergessen sind jene Exilkubaner im Bundesstaat Florida, die nachwievor das Castro Regime verachten und diese endlich los haben wollen. Auf der anderen Seite sind die konservativen Republikaner umso sturer in ihrer Politik, als das sie jegliche Gespräche mit Fidel Castro ablehnen. Clintons Nachfolgeregierung, die Bush- Administration, wollte ebenso wenig von ihrer strengen Politik abweichen und stellte freie Wahlen sowie ein demokratisches Kuba als Bedingung für etwaige Gespräche.⁷⁸

IV.3.1. Die Rolle des CANF

Wie bereits erwähnt, spielte beim Inkrafttreten des LIBERTAD die kubanische Exilgemeinde im USA- Bundesstaat Florida eine wichtige Rolle. Die "Cuban American National Foundation" (CANF), unter ihrem Vorsitzenden, Jorge Mas Canosa, war es gelungen mit politischer Lobbying- Arbeit auf sich aufmerksam zu machen und wurden auch finanziell unterstützt. Die Exilkubaner in den Vereinigten Staaten waren in ihrer politischen Haltung klar gegen das Castro Regime und so war es auch keine große Überraschung, dass sich der CANF vehement für LIBERTAD eingesetzt hatte und auch deren Vorsitzender öffentlich

⁷⁶ Vgl. American Journal of International Law (1996), Seite 419

⁷⁷ Vgl. Roy (2000), Seite 5 ff.

⁷⁸ Schenkel Eisenhertz (2008), Seite 122 ff.

seine Befürwortung kund tat. Auch war er des Öfteren mit dem Initiator des LIBERTADs zusammengekommen und gestaltete das Gesetz in einigen Teilen mit.⁷⁹

IV.3.2. Die internationale Reaktion auf das Gesetz

Dass das LIBERTAD zu internationalen Protesten führen würde, war wohl für die amerikanische Regierung keine allzu große Überraschung. Vor allem die Europäische Union ließ unmittelbar nach der Unterzeichnung Maßnahmen ergreifen, um dagegen vorzugehen. Die Hauptsorge der EU war, dass mit Helms- Burton das internationale Völkerrecht verändert wird. Beschwerden seitens des EU- Parlaments wie auch des Rats für "Allgemeine Angelegenheiten" wurden öffentlich ausgetragen. Eben jener dritte Teil des Helms- Burton, in der Klage gegen Unternehmen erfolgt, wurde von der EU strikt abgelehnt und sie forderten vom US- Präsidenten dies aufzuheben. Die Europäische Union stand nicht alleine mit ihrem Protest dar. Auch andere enge Verbündete der USA lehnten dieses Embargo strikt ab.⁸⁰

IV.3.3 Auszüge aus dem Helms Burton⁸¹

Title I

„[...] strengthened sanctions against the current Cuban Government. Among many other provisions, it codified the U.S. embargo on trade and financial transactions which had been in effect pursuant to a Presidential proclamation since the Kennedy Administration.“

Title II

„[...] describes U.S. policy toward and assistance to a free and independent Cuba. It required the President to produce a plan for providing economic assistance to a transition or democratic government in Cuba. (The President delivered the plan to Congress in January 1997.)“

Title III

„[...] creates a private cause of action and authorizes U.S. nationals with claims to confiscated property in Cuba to file suit in U.S. courts against persons that may be "trafficking" in that property. The Act grants the President the authority to suspend the

⁷⁹ Vgl. Gollegger (2007) (Diss), Seite 176 ff.

⁸⁰ Vgl. ebenda, Seite 193 ff.

⁸¹ <http://www.state.gov/www/regions/wha/cuba/helms.html>, 18.12.2011

lawsuit provisions for periods of 6 months if it is necessary to the national interest of the United States and will expedite a transition to democracy in Cuba. The President has exercised this authority five times, most recently in July 1998.“

Title IV

„[...] requires the denial of visas to and exclusion from the U.S. of persons who, after March 12, 1996, confiscate or "traffic" in confiscated property in Cuba claimed by U.S. nationals. The objective of this provision is to protect the status of confiscated U.S. property and to support existing sanctions against the current regime. The State Department reviews a broad range of economic activity in Cuba to determine the applicability of Title IV. The results of this effort appear not only in the actual determinations of "trafficking," but also in the deterrent to investment in confiscated U.S. property and in the exacerbation of the uncertainty of investing in Cuba.“

IV.4. Kuba und der internationale Terrorismus

Für US- Präsident Obama ist Kuba ohnehin eine schwierige Thematik. In Anspielung auf die Präsidentschaftswahlen im November 2012 kann er sich nicht erlauben, die Exilkubaner in den USA als mögliche Wähler zu verlieren.

Für die US- Außenpolitik und dem Geheimdienst gilt Kuba nachwievor als „*ein sicherer Hafen (safe haven) für terroristische Aktivitäten*“.⁸² So wurden sie bereits 1982 auf die Liste der "state sponsors of terrorism" gesetzt, weil sie angebliche aktive Handlungen setzten, um Terroristen in ihrem Tun zu unterstützen. Im Jahre 1995 wurde dies nicht mehr so gesehen, doch ging man weiterhin davon aus, dass sie auf eine andere Art und Weise den Terrorismus unterstützten.⁸³

Bereits im Jahre 1998 wurde ein umfassender Bericht des US- Geheimdienstes vorgelegt, in dem Kuba nicht mehr als Gefahr für die nationale Sicherheit angesehen wird.

„Cuba does not longer pose a threat to U.S. national security, which implies that Cuba no longer sponsors terrorism.“⁸⁴

⁸² Minnerop (2004), Seite 106

⁸³ Vgl. Minnerop (2004), Seite 106

⁸⁴ Ebenda.

Mit dieser Klarstellung ist die Thematik für die kubanische Regierung nachwievor nicht abgeschlossen. Es ist ohnehin nicht richtig von den USA, Kuba zunächst mit Terrorismus in Verbindung zu bringen und ihnen schwere Vorwürfe anhängen, dann in einem Bericht sie davon freisprechen. Wer die amerikanische Außenpolitik und Terrorismuspolitik kennt, weiß, was es für Menschen und Länder bedeutet, sie direkt oder indirekt mit Terrorismus zu bringen. Die USA werden auch künftig diese Staaten oder Personen scharf kontrolliert, obwohl die beklagten Personen bzw. Länder nachweisen können, dass an diesen Vorwürfen nichts dran ist. Noch immer werden sie in dieser Liste angeführt und die US- Außenpolitik hält an ihrer Behauptung fest, dass das Land noch immer ein "safe haven" für Terroristen sei. Dabei wird dem ehemaligen Staatschef zur Last gelegt, im Jahre 2000 den Iran, Libyen sowie Syrien besucht zu haben, die für die amerikanische Außenpolitik als Problemländer angesehen werden. Darüber hinaus gewähren sie zwanzig Mitglieder der Terrororganisation ETA Unterschlupf in ihrem Land. Auch der Vorwurf die FARC sowie die ELN zu unterstützen, wird ihnen weiterhin vorgeworfen.⁸⁵

IV.5. Obamas Kubapolitik

Während des Präsidentschaftswahlen 2008 wurde der damalige demokratischer Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Barack Obama, deutlich, wie er als Präsident mit der kubanischen Führung umgehen will und wie er auch den rund eineinhalb Millionen Exilkubaner in den USA helfen möchte. Im Gegensatz zum damaligen amtierenden 43. US-Präsidenten George Bush, wäre er bereit, sich mit den Castro Brüdern zu treffen, um die Kubapolitik zu ändern. Bereits drei Monate nach seinem Amtseintritt machte er zumindest ein Wahlversprechen wahr und hob im April 2009 Reisebestimmungen für die in den USA lebenden Exilkubanern auf. Es wird ihnen künftig gewährt, ihre Familien auf Kuba so oft es ihnen möglich ist zu besuchen. Unter der Bush Regierung war es den Exilkubanern lediglich alle drei Jahre für zwei Wochen Kuba zu bereisen und Geld nur in geringerer Menge zu überweisen.⁸⁶

Neue Bestimmungen gab es auch bei Geldüberweisungen und für amerikanische Telekommunikationsfirmen. Lag die Obergrenze bis dato bei 1200 US- Dollar, wurde diese nach oben korrigiert. Wegen Spesensätzen des US- Außenministeriums darf künftig pro Tag

⁸⁵ Vgl. Minnerop, Seite 106 ff.

⁸⁶ Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/lateinamerika-obama-lockert-kuba-sanktionen-1791495.html>, 12.12.2011

179 US- Dollar im Rahmen ihres Aufenthaltes in Kuba ausgegeben werden. Auf ein Monat berechnet käme man auf eine Summe von rund 5400 US- Dollar.⁸⁷

Mit den Aufhebungen gewisser Handelsembargos sorgte er für eine neue politische Neurichtung in der Kubapolitik. Zwar will er das Gros der Embargos weiterhin bestehen haben und Kuba steht nicht auf seinen wichtigsten Agenden, jedoch hat er im Gegensatz zu seinen vielen Vorgängern dafür Sorge getragen, dass selbst viele demokratische wie auch republikanische Politiker dafür sind, die gesamten Embargos aufzuheben.⁸⁸ Denn seit der Schweinebucht Invasion „hat es jeder US- Präsident vorgezogen, die Blockade der Insel fortzusetzen.“⁸⁹

Diese verhängten Sanktionen seitens der amerikanischen Regierung gegen den Inselstaat Kuba gelten als die härtesten der Welt. Nicht einmal gegen den Irak wurden derartige Maßnahmen gesetzt. Einer Umfrage zur Folge sind etwa zwei Drittel der US- Amerikaner gegen diese Sanktionen und sprechen sie sich ebenso wie die Wirtschaft und große Betriebe dafür aus, dass diese Sanktionen aufgehoben werden.⁹⁰

V. Neue US- Außenpolitik unter Obama

V.1. Die Außenpolitik von G. Bush und B. Obama

„Die Außenpolitik der Regierung Bush war von Anfang unilateral ausgerichtet. Für die Bush- Administration ging im Zweifelsfall unilaterales militärisches Engagement vor multilateralen politischen Verpflichtungen.“⁹¹

Eben diese Politik wurde massiv kritisiert. Sein Alleingang in der Weltpolitik brachte ihm und dem Land großen, politischen Schaden. So haben sich im Jahr 2003, als der Irakkrieg begonnen wurde, viele Verbündete sich von dem damaligen US- Präsidenten distanziert. Sowohl der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder als auch Frankreichs

⁸⁷ <http://www.stern.de/politik/ausland/obamas-entspannungspolitik-usa-lockern-reisebestimmungen-fuer-exil-kubaner-1507146.html>, 12.12.2011

⁸⁸ <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/lateinamerika-obama-lockert-kuba-sanktionen-1791495.html>, 12.12.2011

⁸⁹ Ali (2008), Seite 122

⁹⁰ Vlg. Chomsky/ Haupt (Hrsg.) (2005), Seite 77 ff

⁹¹ Gärtner (2010), Seite 13

Expräsident Jacques Chirac weigerten sich strikt, den Irakkrieg zu unterstützen. Auch haben Russland und China abgelehnt, Truppen für den Einmarsch in den Irak bereit zu stellen.

Darüber hinaus musste die USA lange warten, bis der UN- Sicherheitsrat ihnen ein Mandat zusicherte. Da George W. Bush und seine Regierung immer wieder damit argumentierten, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitze und eine Gefahr für den Weltfrieden darstellt und deswegen sie den irakischen Machthaber Saddam Hussein entmachten müssen, wollten sie unbedingt, dass der Sicherheitsrat sie unterstützt.

Die "Koalition der Willigen" wurde ins Leben gerufen und diese unterstützen den amerikanischen Staatschef in seinen Plänen. Dadurch sollen ihr Vorgehen nicht als „*selbstherrlich*“⁹² dahingestellt werden.

Zwar wurde in diesem Krieg Saddam Hussein gestürzt, er darüber hinaus einige Monate später gefasst und am 30. Dezember 2006⁹³ hingerichtet, jedoch wurden nie irgendwelche Massenvernichtungswaffen gefunden. Selbst der CIA hatte stets seine Zweifel daran gehabt und letztendlich musste auch George W. Bush dies kurz vor seiner Amtsabgabe an Barack Obama eingestehen. Barack Obama selbst war von Anfang an gegen den Einmarsch in den Irak und stimmte auch im Kongress damals dagegen. Während der Präsidentschaftswahlen 2008 sagte der damalige demokratische Kandidat, dass er einen raschen Abzug der US-Truppen im Irak vorhabe und sie stattdessen vermehrt in Afghanistan einsetzen würde, um dort vor allem die Taliban und Al- Kaida zu bekämpfen. Auch ist dem neuen Präsidenten der Multilateralismus sehr wichtig und sucht vermehrt die Kooperation mit seinen wichtigsten Verbündeten sowie auch der Vereinten Nation.

V.1.1. Unilateralismus vs. Multilateralismus

Während Georg W. Bush, wie bereits erwähnt, die Rolle USA als Supermacht manifestierte und auch in weiterer Folge keine Rücksicht auf andere nahm, ist die Politik von Barack Obama vom Gegenteil geprägt. Dessen Wahlkampagne im Jahr 2008 "Change" und "Yes we can" sollte nicht nur innenpolitisch den Unterschied demonstrieren. So hatte der Amtsvorgänger in den acht Jahren seiner Amtszeit versucht, die Vereinten Nationen

⁹² <http://www.heise.de/tp/artikel/14/14334/1.html>, 07.11.2011

⁹³ Vgl. <http://www.stern.de/politik/ausland/saddam-hussein-der-tyrann-starb-im-morgengrauen-579487.html>, 07.11.2001

möglichst zu umgehen und hatte auch zum Irakkrieg dessen Stellung in Frage gestellt, wenn der Sicherheitsrat sich weigert, den USA ein Mandat zu geben, um den Irak anzugreifen. So verließ er am Ende das Weiße Haus und einen Schuldenberg von über einer Milliarde Dollar an die Vereinten Nationen.⁹⁴

Nicht außer Acht lassen darf man, dass der 43. Präsident der USA in seiner zweiten Amtsperiode kaum Fortschritte für seine Außenpolitik erzielte. Während die EU seiner Ideologie treu blieb und Kants "Ewiger Frieden" forcierte, war die Bush- Administration weiterhin der Auffassung, dass Sicherheit und Frieden nur durch militärische Präsenz abhängig ist. Recht und Regeln, wie einst Thomas Hobbes in seiner anarchischen Welt erläuterte, wären uneffizient.⁹⁵

Seit seiner Amtsübernahme im Jänner 2009 hat der neugewählte US- Präsident Barack Obama versöhnliche Töne ausgestrahlt als sein Amtsvorgänger. Um eine veränderte und verbesserte Kooperation mit vielen Verbündeten einzugehen, hat der aktuelle Amtsführer den Multilateralismus zu seinen wichtigsten Agenden aufgezählt. Es ist insofern für eine Hegemonialmacht nicht verboten Kooperationen mit anderen Staaten und internationalen Institutionen einzugehen. Und wenn es nötig ist, werden sie auch unilateral agieren, wenn es zum Wohle des eigenen Staates ist.

Angesprochen auf den „11. September“ schrieb er im Jahr 2007, „kein Präsident sollte zögern auch unilateral zu handeln, wenn amerikanische Sicherheit unmittelbar gefährdet ist. [...] Das erfordert die Aufrechterhaltung des stärksten Militärs der Welt.“⁹⁶

Sein Vizepräsident, Joseph Biden, äußerte sich bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2009 ähnlich dazu. „Wir werden partnerschaftlich handeln, wann immer wir können, und nur dann alleine, wenn wir müssen. [...] Wir werden euch beteiligen, wir werden zuhören, wir werden beraten. [...] Amerika braucht die Welt, so wie ich glaube, die Welt braucht Amerika.“⁹⁷

⁹⁴ Vgl. Gärtner (2010), Seite 14

⁹⁵ Vgl. ebenda, Seite 14

⁹⁶ Gärtner (2010), Seite 146. Zitiert nach *Council on Foreign Relations*, Campbell/ Chollet 2007-08.

⁹⁷ Ebenda, Seite 146.

VI. Sichtweisen zu Guantánamo

VI.1. Völkerrechtliche Sicht

In einem Interview mit einem Experten der UNODC⁹⁸ ist die Rechtslage für die Kubaner sehr schwierig. Da sie den Vertrag 1934 mit den USA auf unbestimmte Zeit unterzeichnet haben, können sie dagegen fast nichts zu tun. Sollte demnach wirklich, wie Fidel Castro behauptet, Druck seitens der Amerikaner ausgeübt worden sein, dann wäre ein Ausstieg möglich, doch gilt dies nachzuweisen. Und wen das einmal nachgewiesen werden kann, folgt das nächste Problem: vor welches Gericht wollen die Kubaner ziehen?

Fidel Castro beschreibt in seinem Buch zu Guantanamo, dass es drei verschiedene Wege gibt, wie das Gebiet an Kuba zurückgegeben werden kann. Neben der freiwilligen Rückgabe seitens der USA, könnte auch noch über Verhandlungen beider Staaten dies geschehen oder die letzte Möglichkeit über juristische Wege, das jedoch am meisten aussichtslos erscheint.

„To speculate, I think that the end of the US occupation of Guantanamo could happen in three different ways: [...] With the presentation of the case before the International Court of Justice (multilateral action).“⁹⁹

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag wäre zwar eine Möglichkeit, doch haben sich die Vereinten Staaten von Amerika dieser Gerichtsbarkeit nicht unterworfen.

"Wenn Kuba wirklich diesen Vertrag unterzeichnet hat, haben sie ganz schlechte Karten, um Guantanamo zurück zu erlangen. Sollten sie demnach früher wirklich dazu gezwungen oder erpresst worden sein, müssten sie diese zunächst nachweisen und dann stellt sich die Frage, wo kann Klage gegen die USA erhoben werden? Internationaler Gerichtshof in Den Haag? Hierbei hat sich die USA dieser Gerichtsbarkeit nicht unterstellt und wenn es zu einer Klage kommt, dann werden seitens der Amerikaner die Fälle im Einzelnen behandelt. Wenn sie sich zu einem bestimmten Fall nicht äußern wollen, würde es auch nicht zu einer Klage kommen."¹⁰⁰

⁹⁸ United Nations Office on Drugs and Crime, Vienna

⁹⁹ Castro (2011), S. 92

¹⁰⁰ Interview UNODC

Der Vertrag von 1934 besagt im Artikel III in folgendem:

„[...] the stipulations of that agreement with regard to the naval station of Guantanamo shall continue in effect. The supplementary agreement in regard to the naval or coaling stations signed between the two Governments on July 2, 1903, also shall continue in effect in the same form and on the same conditions with respect to the naval station of Guantanamo. So long as the United States of America shall not abandon the said naval station of Guantanamo or the two Governments shall not agree to a modification of its present limits, the station shall continue to have the territorial area that it now has, with the limits that it has on the date of the signature of the present Treaty.“¹⁰¹

Eine andere Überlegung auf multilateralem Wege die Gebietshoheit wieder zu erlangen, ist die Vereinten Nationen damit zu konfrontieren. Die USA ist Mitglied der UNO und hat auch als solcher die Charta in seiner Verfassung verankert. Und als solcher haben sie auch "ipso facto"¹⁰² sich an den Statuten des International Gerichtshofes zu halten. Kernproblem jedoch ist, dass die USA nicht nur Mitglied der Vereinten Nationen sind, sondern auch noch einer von fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates. Als dieser verfügen sie über das Veto Recht. Wird eine Resolution oder ein Antrag im Sicherheitsrat eingebracht, bedarf es neben der Zustimmung der anderen zehn nichtständigen Mitgliedsstaaten auch noch die Zustimmung der fünf Veto Mächte von Frankreich, Großbritannien, Russland, China und den USA. Reicht einer dieser Staaten sein Veto ein, kann der Antrag oder die Resolution den Sicherheitsrat nicht passieren. Eine Stimmenthaltung wird nicht als Veto interpretiert.

Dass nun die Vereinten Nationen bzw. der Sicherheitsrat sich mit Guantanamo befasst, ist äußerst unwahrscheinlich, weil die USA sofort ihr Veto Recht einbringen würden und somit alle weiteren Schritte aufhalten würden.

Die kubanische Regierung ist sich dieser Tatsache bewusst und muss andere Maßnahmen ergreifen, um einen positiven Abschluss ganz in ihrem Sinne zu erreichen.

Hierbei gäbe es sogar eine konkrete Möglichkeit zum Erfolg zu gelangen.

¹⁰¹ Irving/ Schwab (2008), Seite 261

¹⁰² ipso facto: durch die Tatsache selbst

Da es für sie schwer sein wird, den USA Willensmangel beim Zustandekommen des Vertrages nachzuweisen, könnte auch eine „*Auflösung des gültig zustande gekommenen und aufrechten Vertrages*“¹⁰³ eine Lösung sein. Diese Gelegenheiten werden Vertragsparteien eingeräumt, wenn Verträge auf unbestimmte Zeit geschlossen werden.¹⁰⁴

Die "Auflösung" beinhaltet die endgültige Beseitigung des Vertragsbandes, gemäß Artikel 70 der Wienervertragsrechtskonvention (im weiteren WVK) von 1969. Um das zu erreichen, muss eine erhebliche Vertragsverletzung nachgewiesen werden.¹⁰⁵ Das gilt jedoch als unwahrscheinlich, weil die USA eben keine begangen haben, jedoch die Kubaner damit argumentieren können, dass mit der Errichtung des Gefangenenlager im Jahr 2002 die „*Erreichung von Ziel und Zweck des Vertrages*“¹⁰⁶ nicht erfüllt worden ist. Wie im geführten Interview mit einem Experten des UNODCs hervorgeht, war beim Vertragsabschluss 1934 eben die Errichtung eines solchen Lagers nicht Bestandteil des Vertrages.

Die kubanische Regierung kann sich auf Artikel 48 und 49 der WVK berufen, weil hierbei sowohl "Irrtum" als auch "Betrug" eintritt und als Anfechtungs- und Auflösungsgrund genannt werden kann.

Jedoch muss dabei achtgegeben werden. Verträge auf diese Art und Weise anzufechten bzw. nichtigen kann schwieriger sein als gedacht. So hatten sich Staaten bei mehreren Tagungen des ILC¹⁰⁷ versucht klar zustellen, wann und wie ein Staat gegen einen bestehenden Vertrag vorgehen kann.

Beispielsweise könnte ein "indirekter Zwang" ausreichen, um einen Vertrag als nichtig zu erklären. Das könnte dann fällig sein, wenn ein Staat nahezu keine andere Möglichkeit mehr hat, als den Vertrag zu unterzeichnen.¹⁰⁸

¹⁰³ Neuhold/ Hummer/ Schreuer (1997), Seite 72

¹⁰⁴ Vgl. ebenda.

¹⁰⁵ Vgl. Neuhold/ Hummer/ Schreuer (1997), Seite 76 ff.

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ Die ILC wurde 1949 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen, die sich mit völkerrechtlichen Verträgen auseinander setzt. Dabei stand von Beginn an ihre Arbeit Gewaltanwendungen bei Vertragsabschluss ganz oben auf ihrer Agenda.

¹⁰⁸ Vgl. Brosche (1974), Seite 47 ff.

Als Kuba durch Hilfe der USA 1898 von Spanien befreit worden ist, hatten sie so gesehen keine andere Wahl als den Vertrag von 1903 zu unterzeichnen, um nicht wiederum von Spanien besetzen werden zu können. Auf der Gegenseite muss jedoch gesagt werden, weswegen Kuba bei der Vertragsunterzeichnung von 1934 die Ausnahmeklausel um die Bucht von Guantanamo mitgetragen hat. Des Weiteren ist auch nicht klar, ob das ILC diesen Vertrag als nichtig erklären kann, weil sie erst 1949 ins Leben gerufen wurde und beide anderen Verträge zwischen USA und Kuba lange Jahre davor ratifiziert worden sind. Zudem muss erwähnt werden, dass das ILC ohnehin keine Gesetze beschließen kann und lediglich von der UN- Generalversammlung Aufträge erhält Verträge auf ihre Gültigkeit zu überprüfen und darüber Bericht zu erstatten.

VI.1.1. Wienervertragsrechtskonvention von 1969

Artikel 48 Irrtum

- „1. Ein Staat kann geltend machen, dass seine Zustimmung, durch den Vertrag gebunden zu sein, wegen eines Irrtums im Vertrag ungültig sei, wenn sich der Irrtum auf eine Tatsache oder Lage bezieht, deren Bestehen der Staat im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses annahm und die eine wesentliche Grundlage für seine Zustimmung bildete.*
- 2. Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn der betreffende Staat durch sein eigenes Verhalten zu dem Irrtum beigetragen hat oder nach den Umständen mit der Möglichkeit eines Irrtums rechnen musste.*
- 3. Ein ausschließlich redaktioneller Irrtum berührt die Gültigkeit eines Vertrags nicht; in diesem Fall findet Artikel 79 Anwendung.“¹⁰⁹*

Artikel 49 Betrug

- „Ist ein Staat durch das betrügerische Verhalten eines anderen Verhandlungsstaats zum Vertragsabschluß veranlaßt worden, so kann er geltend machen, daß seine Zustimmung, durch den Vertrag gebunden zu sein, wegen des Betrugs ungültig sei.“¹¹⁰*

Dass auf rechtlichem Wege geringe Chancen für Kuba bestehen das Hafengebiet Guantanamo zurück zubekommen, ist die Sache. Die USA müssen jedoch davor ein anderes, gravierendes Problem lösen: nämlich die Schließung des Gefangenlager, das sie 2002 unter der Bush

¹⁰⁹ Randelzhofer (1998), Seite 112

¹¹⁰ Ebenda.

Administration errichtet haben und dort vermeintliche Terroristen und Al Kaida Kämpfer unter völkerrechtswidrigen Maßnahmen festhalten. Da dies bis heute nicht geschlossen werden konnte, es keine genauen Pläne gibt, was die Vereinigten Staaten mit den Gefangenen tun, wird die Rückgabe weiter hinaus gezögert.

Wie das Gefangenlager geschlossen werden könnte, wird unter Punkt VIII.2.1. erläutert.

VI.1.1. Der Vertrag vom 29. Mai 1934

Article I

„The Treaty of Relations which was concluded between the two contracting parties on May 22, 1903, shall cease to be in force, and is abrogated, from the date on which the present Treaty goes into effect.“¹¹¹

Article II

„All the acts effected in Cuba by the United States, during its military occupation of the island, up to May 20, 1902, the date on which the Republic of Cuba was established, have been ratified and held as valid; an all the rights legally acquired by virtue of those acts shall be maintained and protected.“¹¹²

Article III

„Until the two contracting parties agree to the modification or abrogation of the stipulations of that agreement with regard to the naval station of Guantanamo shall continue in effect. The supplementary agreement in regard to the naval or coaling stations signed between the two Governments on July 2, 1903, also shall continue in effect in the same form and on the same conditions with respect to the naval station of Guantanamo. So long as the United States of America shall not abandon the said naval station of Guantanamo or the two Governments shall not agree to a modification of its present limits, the station shall continue to have the territorial area that it now has, with the limits that is has on the date of the signature of the present Treaty.“¹¹³

¹¹¹ Irving/ Schwab (2008), Seite 260

¹¹² Ebenda.

¹¹³ Ebenda., Seite 261

Article IV

„If at any time in the future a situation should arise that appears to point to an outbreak of contagious disease in the territory of either of the contracting parties, either of the two Governments shall, for its own protection, and without its act being considered unfriendly, exercise freely and at its discretion the right to suspend communications between those of its ports that it may designate and all on part of the territory of the other party, and for the period that it may consider to be advisable.“¹¹⁴

Article V

„The present treaty shall be ratified by the contracting parties in accordance with their respective constitutional methods; and shall go into effect on the date of the exchange of their ratifications, which shall take place in the city of Washington as soon as possible. In faith whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the present Treaty and have affixed their seals hereto. Done in duplicate, in the English and Spanish languages, at Washington on the twenty- ninth day of May, one thousand nine hundred and thirtyfour.“¹¹⁵

VI.2. Politikwissenschaftliche Sicht

Viele US- Präsidenten haben versucht, das Problem zu lösen und sind bis dato daran gescheitert. Aktuell will der 44. Präsident der USA, Barack Obama, das Gebiet an Kuba zurück geben, doch stellt sich die Frage, warum hat er bis nicht getan und somit sein nicht Wahlversprechen eingehalten hat.

Der gegenwärtige bilaterale, demokratische US- Botschafter in Berlin, Philip D. Murphey, wurde im Rahmen einer Diskussion mit Schülern auf diese Thematik angesprochen. Auf die Frage, weshalb Guantanamo noch immer nicht geschlossen sei, meinte er dazu:

"Wir wollen es schließen, und wir arbeiten hart daran. [...] Die Schließung ist rechtlich und praktisch sehr viel komplizierter, als wir alle erwartet haben."¹¹⁶

¹¹⁴ Ebenda.

¹¹⁵ Irving/ Schwab (2008), Seite 261

¹¹⁶ <http://www.badische-zeitung.de/freiburg/guant-namo-zu-schliessen-ist-komplizierter-als-erwartet--50991289.html>, 01.12.2011

Dass er kurz nach der Amtseinführung im Jänner 2009 ein Dekret unterzeichnet hatte, war aus politologischer Sicht ein guter Anfang, aber damit wurde die Thematik nur aufgeschoben, jedoch nicht aufgehoben. Denn, wie bereits erwähnt, wurden die Militärtribunale im März 2011 wieder aufgenommen und ein Ende scheint nicht in Sicht zu sein.

In Interview mit dem Experten in der UNODC äußert sich dieser hinlänglich dazu, es dem US-Präsidenten schwer fällt, dem Castro Regime Zugeständnisse zu machen und ein Jahr vor der Wahl ist umso schwieriger.

"Jedes Zugeständnis an das Castro Regime wird realpolitisch als Problem angesehen. Und das Ganze ein Jahr vor der Wahl, ist umso problematischer. Zumal auch viel Exilkubaner in den USA leben und das absolut ablehnen würden."¹¹⁷

Es darf der historische Aspekt von Guantanamo nicht vergessen werden. Diese Militärbasis wurde 1903 nicht errichtet, um es später als "Sondergefängnis" für den Kampf gegen Terrorismus zu benutzen, sondern um das kubanische Volk vor einem neuerlichen Angriff der Spanier zu beschützen und die USA auch ihre Rolle in dem Pazifik zu demonstrieren. Hierbei haben die Amerikaner mit dem Gefängnislager im Jahr 2002 das Ganze missbraucht und dann auch noch für sich eine „gesetzesfreie Zone“¹¹⁸ errichtet. Denn es kann aus juristischer Sicht kein Gebiet geben, in die Gesetze nur eingeschränkt gelten. Wenn die Amerikaner wirklich damit argumentieren, Guantanamo befindet sich nicht auf US-Gebiet, dadurch gelten deren Rechte nicht, sie aber über die volle Kontrollgewalt verfügen, die Kubaner ohnehin kein Mitspracherecht dort haben, welches Gesetz gilt dann?

¹¹⁷ Interview UNODC

¹¹⁸ Interview UNODC

VII. Mögliche Konsequenzen bei einer Rückgabe Guantanamos

VII.1. Völkerrechtliche Sicht

Die Argumente der USA, Kuba würde Guantanamo an die Russen bei einer möglichen Rückgabe weiter vermieten bzw. weiter geben, ist sehr weit hergeholt. Denn dann müsste erörtert werden, welche Absichten die Russen in diesem Gebiet haben. Um den vor zu beugen, könnte insofern ein neuer Vertrag zwischen den USA und Kuba unterzeichnet werden, dass diese Zone entmilitarisiert wird und keine anderen Staaten dieses Gebiet erhalten, um dort eventuelle Militärbasen aufzustellen. Sollte Kuba sich daran nicht halten, würde der Vertrag von 1934 wiederum in Kraft treten. Das könnte die amerikanische Regierung einfordern und nach diesem Recht vorgehen.

Einen konkreten Plan hätten die Kubaner bereits mit dem Gebiet bei einer Rückgabe, das auch alle Ängste und Befürchtungen der amerikanischen Politik widerlegt. Sie würden dort ein Biosphärenreservat errichten.

Wenn tatsächlich das Völkerrecht für die amerikanische Politik von großer Bedeutung ist, so wird es für sie nicht schwierig sein, einen neuen Vertrag mit dem kubanischen Regime abzuschließen, der sie in ihrer Rolle in keinsten Weise schwächt. Denn gerade bei der Verankerung von Interessen prinzipieller Natur, ist das Völkerrecht ein zentrales Element der Außenpolitik- vor allem der Amerikanischen.¹¹⁹

Das Völkerrecht würde auch in seiner Struktur einen gefestigteren Eindruck gewinnen, da bekanntermaßen diese keine Zwangsgewalt genießt und auch keinerlei Gerichtsbarkeit unterliegt. Sie hat im Laufe der Jahrhunderte einige wichtige Prozesse erlebt, die in der heutigen Zeit sorgt, dass Konflikte vermieden werden und Verträge nach bestem Wissen und Gewissen eingehalten werden.

Gegenwärtig wird das Völkerrecht in der Internationalen Politik nur noch bei bilateralen oder multilateralen Verträgen herangezogen, ansonsten sind Staaten darauf konzentriert, ihre nationale Souveränität und Justiz beizubehalten und es auch anzuwenden.

¹¹⁹ Meiertöns (2006), Seite 24

Die Rückgabe hätte weiters tatsächlich Vorteile für das Völkerrecht, weil dieses Gebiet an sein Ursprungsland zurückkehrt und darauf alle kubanischen Rechte gelten und somit keine "gesetzesfreie Zone" entsteht, wie dies Dr. Walter Gehr vom UNODC in seinem Interview angab.

VII.2. Politikwissenschaftliche Sicht

Was die Rückgabe Guantánamos an Kuba betrifft, kann es für die amerikanische Regierung keinerlei Nachteil geben. Zunächst müssten sie sich weltpolitisch nicht ständig über diese Problematik rechtfertigen und zum anderen würden sie die kubanische Bevölkerung sowie die Führung dazu bringen, sich zu bewegen und neue politische Wege zu gehen. Das Castro Regime unter dem jetzigen Präsidenten, Raul, hätte keine weiteren Argumente mehr, ebenso wenig wie Fidel Castro, ihren Antiamerikanismus der Weltöffentlichkeit mitzuteilen. Sie hätte, wie seit langem verlangt, ihr gepachtetes Gebiet zurück und müsste somit den USA insofern entgegen kommen, in dem sie jene dem eigenen Volk mehr Rechte zugestehen, freie Wahlen zulassen würden, Presse- und Meinungsfreiheit gelten machen und sich ebenso der Gerichtsbarkeit unterziehen. Dies ist jedoch keine Garantie für die kubanische Führung. Wer garantiert ihnen, dass die USA tatsächlich Guantánamo an sie zurückgeben? Ferner kann berechtigterweise die Frage in den Raum gestellt werden, weswegen die Kubas Machthaber zunächst eine Gegenleistung zu erbringen haben, nur um ihr Gebiet zu bekommen?

Denn auch das eigene Volk wird dann sehen, dass die USA ihren Teil für eine verbesserte Situation geleistet haben und nun sie bzw. ihre Repräsentanten an der Reihe wären.

„To engage the Cuban government and Cuban people effectively, the United States will need to engage with other governments, the private sector, and nongovernmental organizations (NGOs) [...]. Engagement does not mean approval of the Cuban government's policies, nor should it indicate a wish to control internal developments in Cuba; legitimate changes in Cuba will only come from the actions of Cubans. If the United States is to play a positive role in Cuba's future, it must not indulge in hostile rhetoric nor obstruct a dialogue on issues that would advance democracy, justice, and human rights as well as our broader national interests.”¹²⁰

¹²⁰ Huddleston/ Pascual (2010), Seite 15

Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Inselbevölkerung schon langsam damit begonnen hat, Veränderungen herbei zurufen und sich Castros Regime zu distanzieren. Nicht die amerikanischen Sanktionen waren hierbei ausschlaggebend, der diesen Prozess in Bewegung gesetzt hat. Selbst der amtierende Präsident Obama hatte im April 2009, in Rahmen eines Gipfeltreffens in Trinidad und Tobago angemerkt, dass er einen Neubeginn in Kuba sieht. Auch das war eine der Beweggründe, weswegen er einige Embargos gegen die Karibikinsel zu dieser Zeit aufgehoben hatte.¹²¹

Da über dies im Jahr 2012 die US- Präsidentschaftswahlen stattfinden, kann die Devise für den amtierenden demokratischen Präsidenten Obama nur sein, die Exilkubaner, vor allem im US- Bundesstaat Florida, für sich zu gewinnen. Traditionell wählen diese einen republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Sowohl im Jahr 2000, 2004 und letztmalig 2008 war dieser Bundesstaat ein heißumkämpfter. Gerade Florida gilt als "Swing- State" und die Präsidentschaftskandidaten müssen den Menschen vieles bieten können, um die wichtigen 27 Wahlmänner¹²² für sich zu ergattern. 2008 gab es wegen der wirtschaftlichen Lage einen Trend der jungen Exilkubaner Obama zu wählen als McCain.¹²³

¹²¹ Ebenda, Seite 15 ff.

¹²² Vgl. <http://www.wahlrecht.de/ausland/us-praesidentenwahl-infos.html#electoral-college-2008>, 30.12.2011

¹²³ Vgl. <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11348913/492531/>, 30.12.2011

VIII. Mögliche Konsequenzen für die Gefängnisinsassen

VIII.1. Das Gefangenenerlager auf Guantanamo

Im Jahre 2002 wurde auf dem Marine Stützpunkt in Guantanamo nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ein Gefangenenerlager errichtet, in der vermeintliche Terroristen seitens der Amerikaner festgehalten wurden. Dazu hat die USA Kuba am achten Jänner 2008 darüber informiert, dass sie den Militärstützpunkt als Verwahrungszentral für Gefangene im Afghanistankrieg benutzen werden.¹²⁴

Ihnen wird und wurde vorgeworfen, an terroristische Aktivitäten teilzunehmen und genommen zu haben. Sie werden darüber hinaus verdächtigt, der Terrorgruppe Al- Kaida anzugehören, die für die Terroranschläge in den USA zuständigen waren.



Abbildung 3 <http://www.n-tv.de/politik/Obama-fuehrt-Tribunale-wieder-ein-article2782721.html>, 30.11.2011

¹²⁴ Vgl. Castro (2011), Seite 47

*"I DON'T want to be ambiguous about this. We are going to close Guantánamo."*¹²⁵

So die klare Ansage von Barack Obama im Jänner 2009 kurz nach seiner Vereidigung als 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Sein Gesetz, dass er am zweiten Tag seiner Amtszeit unterzeichnete, in der die Schließung des X-Ray Gefängnisses innerhalb von dreizehn Monaten erfolgen sollte, ist auf der ganzen Linie gescheitert und das Problem wurde nach wie vor nicht gelöst. Somit hat dieser eines seiner wichtigsten Wahlversprechen nicht eingehalten und wird dafür national als auch international stark kritisiert.

Sein ehemaliger, republikanischer Verteidigungsminister, Robert Gates, erklärte dazu in einem Interview, dass die Aussichten auf eine Schließung des Lagers "sehr, sehr gering" sei.¹²⁶

Um seine Außenpolitik klar von seinem Vorgänger George W. Bush zu unterscheiden, war dem aktuellen Präsidenten wichtig, dass die Rechtsstaatlichkeit der USA wieder zur Geltung kommt. Wie im Kapitel VII.1.3. erwähnt wird, wurde unter der Bush- Regierung vieles unternommen, um den Gefangenen möglichst wenig bis keine Rechte einzugestehen. Darüber hinaus wurden alle Militärprozesse auf Guantanamo bis auf weiteres auf Eis gelegt.¹²⁷ Zwei Jahre später sieht die Politik von Barack Obama anders aus. Die umstrittenen Militärprozesse dürfen weiterhin ausgeführt werden, sofern die Gefangenen eine Bedrohung für das Land darstellen.¹²⁸

Der US- Präsident ist gemäß seiner Regierung noch immer gewillt, Guantanamo zu schließen, doch werde dies nicht vor 2012 passieren. Im gleichen Jahr werden in den US neuerliche Präsidentschaftswahlen abgehalten.

¹²⁵ Lexington, The Economist (2011), Seite 18

¹²⁶ Vgl. <http://www.n-tv.de/politik/Obama-fuehrt-Tribunale-wieder-ein-article2782721.html>, 07.11.2011

¹²⁷ Vgl. <http://www.zeit.de/online/2009/05/obama-schliesst-guantanamo>, 27.10.2011

¹²⁸ Vgl. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-03/obama-guantanamo-militaerprozesse>, 27.10.2011

VIII.1.1. Guantanamo nicht ohne Grund ausgewählt

Die damalige Bush Regierung war nach den Terroranschlägen mit dem "War on Terror" dermaßen entschlossen, die Drahtzieher zu fangen und ihnen den Prozess zu machen, bei der ihnen auch vieles Recht war.

*"We will make no distinction between the terrorists who committed these acts and those who harbour them"*¹²⁹

Eine Woche später bekam der US- Präsident vom US- Kongress die Erlaubnis, als Gegenantwort auf die Anschläge auch Gewalt anzuwenden.¹³⁰

Um den vermeintlichen Terroristen jegliche Rechte zu nehmen, wurde daher beschlossen, dass die Gefangenen nicht in den USA festgehalten werden, sondern außerhalb auf amerikanischem Territorium. Andernfalls hätten sie das Recht gehabt, einen Anwalt zu haben und vor einem Zivil Gericht verklagt zu werden.

Da diese *"fanatical al- Qaeda or Taliban fighters"*¹³¹ nicht als Kriegsgefangenen gemäß der Genfer Konvention¹³² galten, wurden sie auch als solche nicht behandelt.

¹²⁹ http://mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/bush_jr_110901/bush_terror_11.09.01.pdf, Seite 2, 27.10.2011

¹³⁰ Vgl. Castro (2011), Seite 46 ff.

¹³¹ Rapley (2007), Seite 235

¹³² Personen, die nicht unmittelbar an den Feindseligkeiten teilnehmen, einschließlich der Mitglieder der Streitkräfte, welche die Waffen gestreckt haben, und der Personen, die durch Krankheit, Verwundung, Gefangennahme oder irgendeine andere Ursache außer Kampf gesetzt sind, werden unter allen Umständen mit Menschlichkeit behandelt, ohne jede auf Rasse, Farbe, Religion oder Glauben, Geschlecht, Geburt oder Vermögen oder auf irgendeinem anderen ähnlichen Unterscheidungsmerkmal beruhende Benachteiligung" (Art. 3 II GA I-IV). Dieser Satz, der sich in allen vier Genfer Abkommen an gleicher Stelle mit identischem Wortlaut findet, stellt die Grundlage der gesamten Abkommen und zugleich ihre Kurzfassung dar. Er gilt in jeder kriegesischen Auseinandersetzung, unabhängig davon, ob die kriegsführenden Mächte die Genfer Abkommen ratifiziert haben oder nicht. Schon die strikte Einhaltung allein dieses Grundsatzes werde helfen, die Grausamkeiten und das Leid des Krieges zu lindern. Es wären zumindest diejenigen geschätzt, die nicht (mehr) aktiv an den Kämpfen beteiligt sind. Um diesen Personenkreis geht es in allen vier Genfer Abkommen und den Zusatzprotokollen.

http://www.beepworld.de/members34/welt_frieden/genf.htm, 27.10.2011

Im gleichen Atemzug wurde von ihnen versichert, dass sie menschlich behandelt werden.¹³³

*"The detainees [at Guantanamo Bay] are being treated humanly. In fact, the United States is treating the detainees consistent with applicable international humanitarian law."*¹³⁴

Dazu weiter ein Bericht des damaligen US- Verteidigungsminister Donald Rumsfeld am 8.2.2002 auf der Homepage des Verteidigungsministeriums:

*"We will continue to treat them under the principles of fairness, freedom and justice that our nation was founded on -- the principles that they obviously abhor and they sought to attack and destroy"*¹³⁵

In wieweit die Stellungnahmen wahrheitsgetreu sind, ist mit Vorsicht zu betrachten. So gibt es Interviews von freigelassenen Häftlingen, die dieser Tatsache widersprechen, doch das ist weder von der US- Regierung noch von unabhängigen Gerichten bestätigt worden.¹³⁶

VIII.1.1.1. Die Behandlung als Häftling auf Guantanamo

Das erstaunliche über Guantanamo ist, dass in den Medien sehr viel darüber berichtet worden ist und nachwievorn weiter berichtet wird, doch Stellungnahmen von ehemaligen Gefangenen sind in Relation dazu unterrepräsentiert.¹³⁷

Roger Willemsen hat mit fünf ehemaligen Guantanamo- Häftlingen ein Interview geführt. Einer davon war Khalid Mahmoud al- Asmar, Mitarbeiter einer Hilfsorganisation. Er wurde 2002 nach Guantanamo gebracht. Drei Jahre später kommt er frei. In diesem Gespräch erläutert er, wie es zur Gefangenschaft kam, der Transport nach auf die Insel Kuba bis hin zur Freilassung. Dazu einige Passagen:

„[...] Als wir ankamen, wurden wir in der gleichen Art und Weise empfangen, wie in Kandahar. Wir wurden geschlagen, beschimpft und danach mit einem Minibus zum Gefangenenlager neben dem Krankenhaus transportiert. [...] Im Krankenhaus

¹³³ Vgl. Hücke (2008), Seite 36

¹³⁴ Ebenda.

¹³⁵ http://osd.dtic.mil/news/Feb2002/n02082002_200202086.html, 08.11.2011

¹³⁶ Vgl. Hücke (2008), Seite 36.

¹³⁷ Willemsen (2006), Seite 7

untersuchten sie uns und gaben jedem von uns sechs Tabletten, die wir schlucken mussten. Danach wurden wir zum Verhör gebracht. [...]
*Direkt nach der Untersuchung mussten wir zum Verhör. Wir durften uns nicht ausruhen oder schlafen. Ich selbst wurde dreieinhalb Stunden verhört. [...]*¹³⁸

Was der Zweck der Tabletten betrifft, kann aus der Ferne nur so interpretiert werden, dass sie eine Art Droge bekamen, um jene Antworten zu erhalten, die die Amerikaner gerne hätten. Denn Khalid Mahmoud al- Asmar führt in diesem Gespräch weiter an, dass er durch die Tabletteneinnahme über Müdigkeit und Schwindelgefühl klagte.

Präsident Bush hatte etwa beim Antrittsbesuch von deutschen Bundeskanzlerin Merkel bei der Thematisierung von Guantanamo wie folgt reagiert.

*„Ich fordere jeden Journalisten dringend auf, sich da unten selbst ein Bild davon zu machen, wie die Gefangenen behandelt werden. Diese Menschen haben wir von einem Schlachtfeld entfernt, auf dem sie uns Schaden zufügen wollen.“*¹³⁹

Zwar haben einige Journalisten tatsächlich dorthin fahren dürfen, doch wird nicht erwähnt, dass diese Personen, viele wichtige Bereiche nicht betreten durften.¹⁴⁰ Der ehemalige österreichische ORF US- Korrespondent Raimund Löw konnte im Jänner 2006 ebenso das umstrittene Gefängnis besuchen. "[...] Ärmellose Hemden waren zum Beispiel in den Kantinen streng verboten. Wir mussten uns verpflichten, mit keinem Gefangenen zu sprechen und die Gesichter der Häftlinge nicht zu filmen."¹⁴¹

Alleine die Unterbringung in den ersten drei Monaten im Camp X- Ray kann als unmenschlich kategorisiert werden, wenn ein ehemaliger Gefangener vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates dazu Stellung bezog. So waren die Drahtkäfige gerade einmal etwa 8m³ groß, die nötigsten Hygieneartikel wurde ihnen zugestanden und dem Wetter waren sie hilflos ausgeliefert. Selbst das Verteidigungsministerium dementierte diese Beschreibung nicht.¹⁴²

¹³⁸ Ebenda, Seite 56.

¹³⁹ Ebenda, Seite 9

¹⁴⁰ Ebenda, Seite 9 ff.

¹⁴¹ Löw (2007), Seite 72

¹⁴² Vgl. Hücke (2008), Seite 38

VIII.1.2. Der Kampf gegen die Taliban und Al- Kaida

Im Oktober 2001, nur wenige Wochen nach den Terroranschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington D. C., bombardierten US- Streitkräfte Taliban Stützpunkte in Afghanistan. Um jedoch nicht alleine diesen Krieg zu führen, haben sich die USA Unterstützung seitens der NATO geholt, die im Kampf gegen Terrorismus mitwirkten. Nach kurzer Zeit konnten wichtige Städte im Norden Afghanistan durch die Militärallianz eingenommen werden. Taliban und Al- Kaida Kämpfer wurden in den südlicheren Teil des Landes, an der Grenze Afghanistan- Pakistan verdrängt und dort weiterhin angegriffen.¹⁴³

In weitere Folgen konnten viele Taliban- und Al- Kaida Kämpfer festgenommen werden. Entgegen vieler offizieller Aussagen der USA, sind die Menschen jedoch durch Kopfgeldjäger an sie ausgehändigt worden.¹⁴⁴

VIII.1.2.1. Unterteilung von Gefangenen

Aus der Sichtweise der Bush Administration qualifizieren sich diese Personen nicht als "prisoners of war", weil sie nicht die Kriterien dafür erfüllen.

Ari Fleischer, der damalige Pressesprecher des Präsidenten beantwortete am 07.02.2002 die Situation mit folgendermaßen:

„For example, the detainees in Guantanamo did not wear uniforms. They are not visibly identifiable. They don't belong to a military hierarchy. All of those are prerequisites under Article 4 of the Geneva Convention, which will be required in order to determine somebody is a POW. (...).“¹⁴⁵

Weiters führte er an, warum sie diesen Menschen keinen Schutz gewähren.

„Well that is not the issue under discussion [...] because the determination has already been made that neither the Taliban nor the al Qaeda are prisoners of war.“¹⁴⁶

¹⁴³ Vgl.

http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/ressorts/geschichte/20_jahrhundert/index,page=4312312.html, 27.10.2011

¹⁴⁴ Vgl. Rose (2004), Seite 49

¹⁴⁵ Büsching (2010), Seite 66.

¹⁴⁶ Ebenda, Seite 66

So hat sich die Regierung dazu entschlossen, sie neu einzuordnen: "the enemy combatant"¹⁴⁷. Deren Sonderstellung führte dazu, dass sie keine Rechte hatten. Wichtige Funktionäre und Beamte der Regierung bestimmten darüber, wer als Solcher galt und wer nicht.¹⁴⁸

VIII.1.3. Die Rechtsstellung auf Guantanamo

Die US- Regierung unter Präsident George Bush war darauf bedacht, wie sie ordentliche Gerichte mit diesen Menschen umgehen, damit sie wenige bis gar keine Rechte haben. So wurden sie, wie bereits erwähnt, in Guantanamo festgehalten. Die Regierung argumentierte ihr Vorgehen, dass das Gebiet nicht auf amerikanischen Boden sei, obwohl es unter ihrer Kontrolle ist.

*"...Guantanamo is only an American base in a foreign Country. [...] The laws of the United States, they argued, did not and could not apply there because the prisoners were being held on Cuban, not American, soil. [...]"*¹⁴⁹

Ein Bundesbezirksgericht war im Fall des "In Re Guantanamo Detainee Cases" zu der Ansicht gekommen, „dass es durchaus Präzedenzfälle von des Supreme Court gibt, in den Fremden außerhalb der USA der Schutz der Verfassung gewährt wurde.“¹⁵⁰

Ein anderes Bundesbezirksgericht von Columbia kam ebenfalls zur selben Stellung, dass die Kriegsgefangenen gemäß dem III. Genfer Abkommen zu behandeln sind und dass dies ein Bundesrecht sei.¹⁵¹

Dass diese Rechtsstellung auf Guantanamo ist schwieriger Aspekt ist, ist damit zu begründen, dass dieser Militärstützpunkt hierbei nicht dem Kongress unterstellt ist. Der Gesetzesgeber, in diesem Fall der Präsident als auch das Militär entscheiden, was auf diesem Territorium geschieht.¹⁵²

¹⁴⁷ Rapley (2007), Seite 235

¹⁴⁸ Ebenda.

¹⁴⁹ Ebenda, Seite 237

¹⁵⁰ Weberndorfer (2005) DA, Seite 35

¹⁵¹ Vgl. ebenda (2005) DA, Seite 42

¹⁵² Vgl. Büsching (2010), Seite 65

Auch die vom Präsidenten Georg Bush eingerichteten Militär- Kommissionen für Verurteilungen von Internierten werden nach geltendem Völkerrecht als „überwiegend für unzureichend gehalten.“¹⁵³

VIII.1.3.1. Der Spruch des Supreme Courts

Um diesen Rechtstatus tatsächlich zu überprüfen, brachten Anwälte in Namen von manchen Flüchtlingen eine Klage vor einem Gericht ein, weil sie bei der Rückkehr nach Haiti um ihr Wohl fürchteten. Dies wurde von der Regierung heftig angefochten, weil weder Gerichte noch Richter Anträge von Guantanamo- Häftlinge anzuhören bräuchten. Nachdem dann einige Gerichte unterschiedliche Auffassungen zum Rechtsstatus von Guantanamo geäußert haben, traf der Oberste Gerichtshof der USA, der *Supreme Court*, eine richtungsweisende Entscheidung.

*"The Supreme Court's June 2004 decision directly prohibits such a notion and establishes that Guantanamo detainees do have rights, and that they have the opportunity to argue for their release in federal court."*¹⁵⁴

Im Juni 2006 kam es für die Regierung noch schlimmer. Der Oberste Gericht erkannte die Sondertribunale als verfassungswidrig und forderte die Regierung dazu auf, die Genfer Konvention einzuhalten.¹⁵⁵

VIII.2. Die Schwierigkeiten bei Freilassungen

Viele mutmaßliche Taliban Kämpfer und Terroristen sind nach und nach freigekommen, weil sich heraus stellte, dass sie mit den ihnen vorgeworfenen Tatsachen nichts zu tun haben. Jedoch dauerte es über viele Monate und Jahre, bis es auch dem amerikanischen Militär klar war, dass diese Häftlinge die Wahrheiten sagen. Viele dieser Gefangene waren gewöhnliche Menschen, die mit Terrorismus und dem Taliban Regime gar nichts zu tun haben. So sind jene extremen Beispiele zu erwähnen, dass ein Bauer, Taxifahrer ebenso gefangengenommen worden sind, wie Menschen, die alltägliche Konflikte hatten.¹⁵⁶

¹⁵³ Stein/ von Buttlar (2005), Seite 489

¹⁵⁴ Ratner (2005), Seite 34

¹⁵⁵ Vgl. Löw (2007), Seite 75

¹⁵⁶ Vgl. ebenda, Seite 49 ff.

So zum Beispiel erwähnte Khalid Mahmoud al- Asmar im Interview mit Roger Willemsen mit, dass ihm das Gericht am 10. Mai 2005 darüber informierte, kein Kämpfer mehr zu sein und er an einem anderen Ort kommt, bis die Verhandlungen mit seinem Heimatland abgeschlossen sind.¹⁵⁷ Dass er beispielsweise von den USA Schadenersatz bekommen würde, glaubt er indes nicht, denn dazu hätten sie *„die ganze Affäre als politische und nicht strafrechtliche Angelegenheit abgetan. Sogar das Rote Kreuz und unsere Anwälte haben mir das alles bestätigt.“*¹⁵⁸

Manfred Nowak, Leiter des Ludwig- Boltzmann- Instituts für Menschenrechte und Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen, erklärt im Interview mit der Tageszeitung "der Standard" vom 26. September 2011, warum es politischer Sicht schwierig ist, Guantanamo zu schließen und wie mit den Gefangenen umgehen.

*„Das hat mehrere Ursachen. Zum einen hat Präsident Obama massiven Gegenwind von Seiten der Republikaner im Kongress bekommen, zum anderen auch von Demokraten, die besonders gefährliche Häftlinge nicht am Festland der Vereinigten Staaten inhaftieren wollen. Die Gouverneure weigern sich zudem Häftlinge in Gefängnisse ihrer Bundesstaaten zu überstellen.“*¹⁵⁹

Eben letzteres war kurz sogar in den Überlegungen der US- Regierung, will man einem Zeitungsbericht der "Washington Post" vom August 2009 glauben. So sollen diese Häftlinge in Hochsicherheitsgefängnisse im US- Bundesstaat Kansas wie auch Michigan kommen.¹⁶⁰

Als einzig positives seit der Amtsübernahme von Präsident Barack Obama ist, dass sich die Haftbedingungen auf Guantanamo für die Häftlinge gemäß Manfred Nowak verbessert haben.

*„Ja, das ist überhaupt keine Frage. Die Art und Weise wie die Leute auf Anordnung von Verteidigungsminister Rumsfeld mit voller Billigung von Cheney und Bush behandelt wurden, war psychische Folter. Das gibt es meines Wissens nicht mehr. Obama hat hier schon einiges verändert.“*¹⁶¹

¹⁵⁷ Vgl. Willemsen (2006), Seite 73.

¹⁵⁸ Willemsen (2006), Seite 72.

¹⁵⁹ <http://derstandard.at/1317018463497/Lager-weiter-in-Betrieb-Schliessung-Guantanamos-ist-Frage-des-politischen-Willens>, 10.11.2011

¹⁶⁰ Vgl. <http://www.n-tv.de/politik/USA-planen-Verlegungen-article444954.html>, 10.11.2011

¹⁶¹ <http://derstandard.at/1317018463497/Lager-weiter-in-Betrieb-Schliessung-Guantanamos-ist-Frage-des-politischen-Willens>, 10.11.2011

VIII.2.1. Wie man Guantanamo schließen könnte

Zwar liegt es auf der Hand, wie das Gefangenlager geschlossen werden kann, jedoch ist ihre Umsetzung für den US-Präsidenten sehr schwierig. Die Europäische Union sowie die Vereinten Nationen würden es begrüßen, wenn die vermeintlichen Gefangenen vor ordentlichen Gerichten gestellt werden und auch eine klare Anklage vorliegt. Ferner auch diese alle rechtlichen Möglichkeiten zustehen. Im Sinne eines Anwalts und auch etwaige Berufungen und Schadenersatzansprüche zu bekommen, wenn ihre Unschuld klar nachgewiesen werden kann.

VIII.3. Wer will und soll Guantanamo-Häftlinge aufnehmen?

Nachdem die USA für sich mit einem Dekret klar gestellt haben, dass sie Guantanamo-Häftlinge keinen Schadenersatz zu verrichten haben, war die nächste Frage, wie mit ihnen im Falle einer Freilassung umzugehen.

Um Barack Obama in seinem Vorhaben zu unterstützen, das Gefängnis zu schließen, haben sich die Staats- und Regierungschef der Europäischen Union bereit erklärt, einige ehemalige Guantanamo-Häftlinge in ihren Ländern aufzunehmen.¹⁶² Eben die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind für die USA die wichtigsten Verbündeten und haben immer wieder bei Treffen mit den US-Präsidenten George W. Bush und Barack Obama dieses Thema angesprochen.

Der damalige deutsche Innenminister, Wolfgang Schäuble, war in einem Interview mit "Der Tagesspiegel" am 21.01.2009 dagegen, diese Menschen aufzunehmen.

„Wenn sie aus Ländern kommen, in die sie aus Menschenrechtsgründen nicht zurückkehren können, müssen sie eben in den USA bleiben.“¹⁶³

Der nunmehrige deutsche Außenminister Guido Westerwelle, zum Zeitpunkt des Interviews Fraktionsvorsitzender der oppositionellen FDP, blies ins gleiche Horn wie Wolfgang Schäuble.

„Die USA sind verantwortlich für die Folgen ihres menschenrechtswidrigen Verhaltens.“¹⁶⁴

¹⁶² Vgl. <http://www.tagesschau.de/inland/guantanamo204.html>, 10.11.2011

¹⁶³ <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/schaeuble-guantanamo-haeftlinge-sind-problem-der-usa/1425036.html>, 10.11.2011.

Seiner Ansicht nach, haben diese Menschen in ihr Land zurück zu kehren und falls ihnen kein Schutz gewährt werden kann, müsste die USA dafür Sorge tragen. Ein Jahr später waren die Deutschen schließlich bereit zumindest zwei ehemalige Gefangene aufzunehmen.¹⁶⁵

¹⁶⁴ <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/schaeuble-guantanamo-haeftlinge-sind-problem-der-usa/1425036.html>, 10.11.2011

¹⁶⁵ Vgl. ebenda, 10.11.2011

IX. Conclusio

Die Forschungsfrage beschäftigte sich damit, *unter welchen Voraussetzungen kann Guantanamo an Kuba retourniert werden* und relativ bald stellte sich heraus, dass das kubanische Regime im Prinzip keine Chance auf völkerrechtlichem Wege hat das erstrebte Gebiet zurück zubekommen. Der 1934 unterzeichnete Vertrag wurde so ausgelegt, dass der Pachtvertrag erst dann endet, wenn beide Staaten die Beendigung erklären und dementsprechend ein derartiges Abkommen unterzeichnen. In keiner Literatur konnte nachgewiesen werden, dass sich die Amerikaner seinerzeit völkerrechtswidrig verhalten haben und die Kuba mit Druck oder Erpressung dazu genötigt haben, ihnen Guantanamo auf Lebenszeit zu überlassen.

Der kubanischen Führung sollte nahegelegt werden, von ihrer Ideologie abzuweichen und auf andere Art und Weise versuchen, das Gebiet zurück zu bekommen. Es wäre aus politologischer Sicht gut, wenn sie politische Reformen umsetzten, die auch in der westlichen Welt auf große Zustimmung stößen.

Wegen ihrer geografischen Lage ist Kuba wesentlich auf den Tourismus angewiesen. Durch die Erneuerungen könnten sie mit lukrativen Angeboten Gäste zu sich einladen, die dem Staat viel Geld bringen würde. Dass die vielen Exilkubaner in den USA jetzt beliebig ihr Land bereisen können, ist für sie auch aus ökonomischer Sicht eine sehr gute Sache.

Mit Reformen würden sie den USA sprichwörtlich den Wind aus den Segeln nehmen. Da für den großen, nördlichen Nachbarn Kuba noch immer unter der Diktatur des Castro- Regimes leidet, sehen sie sich auch nicht bereit mit ihnen in ersthafte Verhandlungen einzusteigen, um ihnen ihr gepachtetes Gebiet zu retournieren. Dass Präsident Obama den Exilkubaner und einige Telekommunikationsfirmen Zugeständnisse gemacht hat, ist zwar eine Form der Verbesserung, dennoch kann das als "Tropfen auf dem heißen Stein" angesehen werden.

Wenn Kuba Maßnahmen umsetzten würden, dann käme auch die amerikanische Regierung unter Druck. Denn dann müssten sie sich bewegen, weitere Handelsembargos aufheben und schlussendlich den Kubanern Guantanamo zurückgeben. Sie haben keinen weiteren Bedarf an dieser Bucht. Die USA können nicht vom kleinen Inselstaat Reformen einfordern, die ihrer Vorstellung entsprechen und erst danach mit ihnen eventuell eine Diskussion um Guantanamo zu beginnen. Im weitesten Sinne kann dies gar als Erpressung angesehen werden und das

entspricht jeglicher völkerrechtlicher Prinzipien. Die Militärstation wurde nicht errichtet, um Demokratie in diesem Land zu etablieren, sondern um sie vor einem neuerlichen Angriff der Spanier zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu beschützen. Die Kolonialherrschaft der Spanier ist seit vielen Jahren verflossen und es besteht keine weitere Notwendigkeit für die Militärstation. Es hätte insofern längstens zurückgegeben werden müssen, doch wie davor erwähnt, haben sich hierbei die amerikanischen Regierungen im Laufe der Zeit immer wieder quer gestellt und Kuba nicht mehr als wichtigen Verbündeten angesehen, sondern mehr als Feingebiet.

Die Vereinigten Staaten von Amerika können sich nicht darauf beruhen weiterhin angegriffen zu werden. Es ist aber davon auszugehen, dass sie dies ohnehin nur als Vorwand nehmen, um länger Vorort stationiert zu bleiben. Ihr Kernproblem ist weniger die Befürchtung, dass Russland oder ein anderer Staat dort eine Militärbasis errichtet, sondern das seit 2002 bestehende Gefangenenerlager. Es gibt noch immer keine konkreten Pläne, wie sie dieses Problem bewältigen können. Erstens nach welchen Rechten werden die Gefangenen festgehalten, was wird ihnen vorgeworfen und wie sind sie zu bestrafen? Dass Präsident Obama die umstrittenen Militärtribunale wieder zugelassen hat, ist eine Bestätigung für viele Menschenrechtsorganisationen, dass er auch mit seinem Latein am Ende ist. Sein unterschriebenes Dekret kurz nach seiner Amtsführung war im Nachhinein betrachtet nur ein Akt für die Medienwelt, in der er wahrhaftig eine Veränderung ("Change") für die US-Außenpolitik herbei führen wollte.

Ein neues Gesetz, das der US-Präsident am Silvestertag 2011 den National Defense Authorization Act (NDAA) unterzeichnet hat, ist bezeichnend für seine auf der einen Seite strenge Antiterrorismus Politik, auf der anderen Seite auch seine Schwäche gegenüber dem eigenen Volk und Kongress. Obwohl er selbst gegen diesen Beschluss war, unterzeichnete dennoch Barack Obama ein Gesetz, das dem Militär mehr Rechte bei der Bekämpfung gegen den internationalen Terrorismus einräumt. Dem Militär wird es künftig erlaubt sein, jeden Bürger jeglicher Nationalität bei Verdacht auf Terrorismus festzuhalten und ohne Gerichtsbeschluss für unbestimmte Zeit zu inhaftieren. Dass er damit massive Eingriffe in die demokratischen Rechte der Bürger begeht und es ihnen wegnimmt, spiegelt seine Politik wieder.¹⁶⁶ Wenn die USA hierbei massive demokratische Verletzungen begehen, wie kann es dann sein, dass sie von Kuba Demokratie, Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit verlangen?

¹⁶⁶ Vgl. <http://www.wsws.org/de/2012/jan2012/obam-j04.shtml>, 03.01.2012

Die kubanische Führung wie auch andere Nationen können hierbei berechtigt dem entgegensetzen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ein Kernelement ihrer Politik, die demokratischen Rechte der Bürger, missachten und eine teilweise sehr grenzwertige Politik führen. Man dürfte als Politologe beispielsweise nicht überrascht sein, wenn Menschen unterschiedlichster Kulturen und Regionen behaupten, dass dies gar eine "diktatorische Demokratie" sei.

Da vor allem die Republikaner für eine strenge Sicherheitspolitik im eigenen Land sind, könnte die gegenwärtige US- Administration die vermeintlichen Terroristen und Talibankämpfer nicht in den USA festhalten und sie in Hochsicherheitsgefängnisse unterbringen, wiewohl ein nördlicher US- Bundesstaat sogar bereit gewesen wäre, diese Personen aufzunehmen. Immerhin hatte deren Regierung die Idee, dass die Gefangenen für das Land Dienstleistungen erbringen können. Der Bundesstaat argumentierte ihr Wollen damit, dass ihre Gefängnisse leer wären und dass die künftigen Gefangenen zum Beispiel beim Straßenbau mithelfen könnten. Doch dem stehen wie erwähnt die Republikaner entschieden dagegen und der Präsident muss sich weitere Pläne ausdenken, was er mit den Gefangenen vor hat.

Dass andere Nationen sich weigern solche Menschen aufzunehmen, ist keine Überraschung. Berechtigt können sie die Frage in den Raum stellen, weshalb sie sich nun um deren Anliegen kümmern müssen, nachdem die USA dieses Problem geschaffen hat und nun nicht mehr weiter wüssten.

Ebenso ist eine Rückkehr der Inhaftierten in ihre jeweiligen Länder abzulehnen, da auch dort die große Gefahr besteht von dem Regime verfolgt, gefoltert und getötet zu werden. Als mögliche Alternative könnten die inhaftierten Menschen auf Inseln verlagert werden, die einerseits weit weg von amerikanischen Küsten liegen und zum anderen auch teils unter amerikanischem Protektorat liegen. Beispielsweise könnten die Gefangenen nach Amerikanisch- Samoa gebracht werden, die im südlichen Pazifik liegt.

Daraus abgeleitet ist zu den aufgestellten Hypothesen folgendes zuzusagen. Die erste Hypothese lässt sich zumindest teilweise bestätigen, insofern als bei einer appeasement Politik Castros der Einfluss der Exilkubaner geschwächt worden wäre. Ob dies zu einer Rückgabe Guantanamos geführt hätte, bleibt zweifelhaft.

Die Hypothese wird hingegen voll bestätigt, da selbst das Platt Amendment eine gemeinsame Vorgangsweise erfordert, um Guantanamo wieder an Kuba zurückzugeben. Voraussetzung ist allerdings die Bereitschaft die politische Sichtweise einer rechtlichen Überprüfung zu überantworten.

IX.1. Zukunftsversionen

Man wird davon ausgehen, dass die USA das gepachtete Gebiet Guantanamo länger benützen werden, bis sie einen konkreten Plan entwickeln, unter welchen bestimmten Voraussetzungen sie es zurückgeben wollen. Auch darf stark bezweifelt werden, dass Präsident Obama in einer möglichen zweiten Amtsperiode diese Angelegenheit ein für alle Male lösen wird und das Gebiet an die Kubaner retourniert. Die US- Regierung wird dies möglicherweise solange hinauszögern, bis große Veränderungen auf der Karibikinsel eintreffen. Dazu zählt nicht primär Zugeständnisse des Castro Regimes, sondern eher, wenn dieses Regime endgültig entmachtet wird. Sei es durch den Tod der Castro Brüder und deren engsten Stabsmitarbeiter oder dem freiwilligen Antritt dieser Personen ins Exil.

Solange dies oder ähnliches nichts geschieht, wird es nur wenig Bewegung in diese unendliche Geschichte kommen. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden wohl immer wieder damit argumentieren, wie schlecht die kubanische Staatsmacht ihr Volk behandelt und sie vermehrt in die Armut treibt. Dass Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit nur dann dort entsteht, wenn Fidel Castro und seine treuen Gefolgsleute auf dem Inselstaat das Sagen nicht mehr haben.

Zehn Jahre nach den ersten veröffentlichten Bilder vom Gefangenenlager auf Guantanamo äußern sich Experten zu diesem Thema. Hört man sich Menschenrechtsexperten sowie Mitarbeiter des Ludwig- Boltzmann- Instituts an, so wird Guantanamo sich auf "natürliche Wege lösen, in dem die Gefangenen als tote Menschen von dort raus befördert werden."¹⁶⁷. Denn viele Länder weigern sich die Gefangenen aufzunehmen. Österreich ist eines davon. Und wenn erstmals alle Gefangenen tot sind, so sind die USA ihr größtes Problem los, das Gefängnis kann ohne weiteres geschlossen werden und dann wird man sich mit der Rückgabe beschäftigen.

¹⁶⁷ ORF ZiB24 Interview mit Julia Kozma vom Ludwig Boltzmann Institut, 11.01.2012

Selbst bei einer neuerlichen Wiederwahl von Barack Obama als Präsident der Vereinigten Staaten wird es ihm vermutlich nicht gelingen ein zentrales Wahlversprechen von 2008 einzuhalten. Die Gründe sind einerseits die stetige Präsenz des Castro Clans, die wohl noch lange an der Macht bleiben werden und andererseits die Politik der Republikaner Kubas gegenüber, ihnen unter keinem Fall irgendwelche Zugeständnisse zu machen und auch die Rolle der Exilkubaner im US- Bundesstaat Florida, die klar Anti- Castro ausgerichtet ist.

Wie man sieht, ist vieles festgefahren und es kaum Bewegung in diese Thematik. Beide beharren auf ihre Standpunkte und sorgen indirekt dafür, dass Guantanamo ein gepachtetes Gebiet für die USA bleiben und eine Rückgabe nicht in absehbarer Zeit erfolgen wird. Es kann nur im Interesse beider Staaten sein, indem sie überlegen, wie sie hierbei fortfahren wollen. Die kubanische Führung sollte im Hinterkopf haben, dass sie mit dem gegenwärtigen amtierenden US- Präsidenten Obama eine bessere Position haben als mit einem möglichen republikanischen. Und diese günstige Gelegenheit sollten sie für sich ausnützen und Reformen einleiten, um sich noch besser ins Spiel zu bringen. Sollte Barack Obama im November 2012 nicht als Präsident wiedergewählt werden und ein Republikaner wird im Januar 2013 als neuer US- Präsident vereidigt, so können sie davon ausgehen, dass Guantanamo um zumindest eine Amtsperiode (= 4 Jahre) unter amerikanischer Kontrolle sein wird, weil vor allem die Republikaner eine strengere Politik gegenüber der kubanischen Führung wollen und es praktizieren. Sie hätten dabei auch die in Florida ansässige und bedeutende CANF hinter sich.

X. Anhang

X.1. Vertrag von Paris vom 10. Dezember 1898

TREATY OF PEACE BETWEEN THE UNITED STATES AND SPAIN; 10 Dec, 1898¹⁶⁸

The United States of America and Her Majesty the Queen Regent of Spain, in the name of her august son Don Alfonso XIII, desiring to end the state of war now existing between the two countries, have for that purpose appointed as plenipotentiaries:

The President of the United States, William R. Day, Cushman K. Davis, William P. Frye, George Gray, and Whitelaw Reid, citizens of the United States;

And Her Majesty the Queen Regent of Spain,

Don Eugenio Montero Rios, president of the senate, Don Buenaventura de Abarzuza, senator of the Kingdom and ex- minister of the Crown; Don Jose de Garnica, deputy of the Cortes and associate justice of the supreme court; Don Wenceslao Ramirez de Villa-Urrutia, envoy extraordinary and minister plenipotentiary at Brussels, and Don Rafael Cerero, general of division;

Who, having assembled in Paris, and having exchanged their full powers, which were found to be in due and proper form, have, after discussion of the matters before them, agreed upon the following articles:

Article I

Spain relinquishes all claim of sovereignty over and title to Cuba. And as the island is, upon its evacuation by Spain, to be occupied by the United States, the United States will, so long as such occupation shall last, assume and discharge the obligations that may under international law result from the fact of its occupation, for the protection of life and property.

Article II

Spain cedes to the United States the island of Porto Rico and other islands now under Spanish sovereignty in the West Indies, and the island of Guam in the Marianas or Ladrones.

¹⁶⁸ http://avalon.law.yale.edu/19th_century/sp1898.asp, 15.12.2011

Article III

Spain cedes to the United States the archipelago known as the Philippine Islands, and comprehending the islands lying within the following line:

A line running from west to east along or near the twentieth parallel of north latitude, and through the middle of the navigable channel of Bachi, from the one hundred and eighteenth (118th) to the one hundred and twenty-seventh (127th) degree meridian of longitude east of Greenwich, thence along the one hundred and twenty seventh (127th) degree meridian of longitude east of Greenwich to the parallel of four degrees and forty five minutes (4 [degree symbol] 45') north latitude, thence along the parallel of four degrees and forty five minutes (4 [degree symbol] 45') north latitude to its intersection with the meridian of longitude one hundred and nineteen degrees and thirty five minutes (119 [degree symbol] 35') east of Greenwich, thence along the meridian of longitude one hundred and nineteen degrees and thirty five minutes (119 [degree symbol] 35') east of Greenwich to the parallel of latitude seven degrees and forty minutes (7 [degree symbol] 40') north, thence along the parallel of latitude of seven degrees and forty minutes (7 [degree symbol] 40') north to its intersection with the one hundred and sixteenth (116th) degree meridian of longitude east of Greenwich, thence by a direct line to the intersection of the tenth (10th) degree parallel of north latitude with the one hundred and eighteenth (118th) degree meridian of longitude east of Greenwich, and thence along the one hundred and eighteenth (118th) degree meridian of longitude east of Greenwich to the point of beginning. The United States will pay to Spain the sum of twenty million dollars (\$20,000,000) within three months after the exchange of the ratifications of the present treaty.

Article IV

The United States will, for the term of ten years from the date of the exchange of the ratifications of the present treaty, admit Spanish ships and merchandise to the ports of the Philippine Islands on the same terms as ships and merchandise of the United States.

Article V

The United States will, upon the signature of the present treaty, send back to Spain, at its own cost, the Spanish soldiers taken as prisoners of war on the capture of Manila by the American forces. The arms of the soldiers in question shall be restored to them.

Spain will, upon the exchange of the ratifications of the present treaty, proceed to evacuate the Philippines, as well as the island of Guam, on terms similar to those agreed upon

by the Commissioners appointed to arrange for the evacuation of Porto Rico and other islands in the West Indies, under the Protocol of August 12, 1898, which is to continue in force till its provisions are completely executed.

The time within which the evacuation of the Philippine Islands and Guam shall be completed shall be fixed by the two Governments. Stands of colors, uncaptured war vessels, small arms, guns of all calibres, with their carriages and accessories, powder, ammunition, livestock, and materials and supplies of all kinds, belonging to the land and naval forces of Spain in the Philippines and Guam, remain the property of Spain. Pieces of heavy ordnance, exclusive of field artillery, in the fortifications and coast defences, shall remain in their emplacements for the term of six months, to be reckoned from the exchange of ratifications of the treaty; and the United States may, in the meantime, purchase such material from Spain, if a satisfactory agreement between the two Governments on the subject shall be reached.

Article VI

Spain will, upon the signature of the present treaty, release all prisoners of war, and all persons detained or imprisoned for political offences, in connection with the insurrections in Cuba and the Philippines and the war with the United States.

Reciprocally, the United States will release all persons made prisoners of war by the American forces, and will undertake to obtain the release of all Spanish prisoners in the hands of the insurgents in Cuba and the Philippines.

The Government of the United States will at its own cost return to Spain and the Government of Spain will at its own cost return to the United States, Cuba, Porto Rico, and the Philippines, according to the situation of their respective homes, prisoners released or caused to be released by them, respectively, under this article.

Article VII

The United States and Spain mutually relinquish all claims for indemnity, national and individual, of every kind, of either Government, or of its citizens or subjects, against the other Government, that may have arisen since the beginning of the late insurrection in Cuba and prior to the exchange of ratifications of the present treaty, including all claims for indemnity for the cost of the war.

The United States will adjudicate and settle the claims of its citizens against Spain relinquished in this article.

Article VIII

In conformity with the provisions of Articles I, II, and III of this treaty, Spain relinquishes in Cuba, and cedes in Porto Rico and other islands in the West Indies, in the island of Guam, and in the Philippine Archipelago, all the buildings, wharves, barracks, forts, structures, public highways and other immovable property which, in conformity with law, belong to the public domain, and as such belong to the Crown of Spain.

And it is hereby declared that the relinquishment or cession, as the case may be, to which the preceding paragraph refers, can not in any respect impair the property or rights which by law belong to the peaceful possession of property of all kinds, of provinces, municipalities, public or private establishments, ecclesiastical or civic bodies, or any other associations having legal capacity to acquire and possess property in the aforesaid territories renounced or ceded, or of private individuals, of whatsoever nationality such individuals may be.

The aforesaid relinquishment or cession, as the case may be, includes all documents exclusively referring to the sovereignty relinquished or ceded that may exist in the archives of the Peninsula. Where any document in such archives only in part relates to said sovereignty, a copy of such part will be furnished whenever it shall be requested. Like rules shall be reciprocally observed in favor of Spain in respect of documents in the archives of the islands above referred to.

In the aforesaid relinquishment or cession, as the case may be, are also included such rights as the Crown of Spain and its authorities possess in respect of the official archives and records, executive as well as judicial, in the islands above referred to, which relate to said islands or the rights and property of their inhabitants. Such archives and records shall be carefully preserved, and private persons shall without distinction have the right to require, in accordance with law, authenticated copies of the contracts, wills and other instruments forming part of notarial protocols or files, or which may be contained in the executive or judicial archives, be the latter in Spain or in the islands aforesaid.

Article IX

Spanish subjects, natives of the Peninsula, residing in the territory over which Spain by the present treaty relinquishes or cedes her sovereignty, may remain in such territory or may remove therefrom, retaining in either event all their rights of property, including the right to sell or dispose of such property or of its proceeds; and they shall also have the right to carry on their industry, commerce and professions, being subject in respect thereof to such laws as

are applicable to other foreigners. In case they remain in the territory they may preserve their allegiance to the Crown of Spain by making, before a court of record, within a year from the date of the exchange of ratifications of this treaty, a declaration of their decision to preserve such allegiance; in default of which declaration they shall be held to have renounced it and to have adopted the nationality of the territory in which they may reside.

The civil rights and political status of the native inhabitants of the territories hereby ceded to the United States shall be determined by the Congress.

Article X

The inhabitants of the territories over which Spain relinquishes or cedes her sovereignty shall be secured in the free exercise of their religion.

Article XI

The Spaniards residing in the territories over which Spain by this treaty cedes or relinquishes her sovereignty shall be subject in matters civil as well as criminal to the jurisdiction of the courts of the country wherein they reside, pursuant to the ordinary laws governing the same; and they shall have the right to appear before such courts, and to pursue the same course as citizens of the country to which the courts belong.

Article XII

Judicial proceedings pending at the time of the exchange of ratifications of this treaty in the territories over which Spain relinquishes or cedes her sovereignty shall be determined according to the following rules:

1. Judgments rendered either in civil suits between private individuals, or in criminal matters, before the date mentioned, and with respect to which there is no recourse or right of review under the Spanish law, shall be deemed to be final, and shall be executed in due form by competent authority in the territory within which such judgments should be carried out.

2. Civil suits between private individuals which may on the date mentioned be undetermined shall be prosecuted to judgment before the court in which they may then be pending or in the court that may be substituted therefor.

3. Criminal actions pending on the date mentioned before the Supreme Court of Spain against citizens of the territory which by this treaty ceases to be Spanish shall continue under its jurisdiction until final judgment; but, such judgment having been rendered, the execution thereof shall be committed to the competent authority of the place in which the case arose.

Article XIII

The rights of property secured by copyrights and patents acquired by Spaniards in the Island of Cuba and in Porto Rico, the Philippines and other ceded territories, at the time of the exchange of the ratifications of this treaty, shall continue to be respected. Spanish scientific, literary and artistic works, not subversive of public order in the territories in question, shall continue to be admitted free of duty into such territories, for the period of ten years, to be reckoned from the date of the exchange of the ratifications of this treaty.

Article XIV

Spain will have the power to establish consular officers in the ports and places of the territories, the sovereignty over which has been either relinquished or ceded by the present treaty.

Article XV

The Government of each country will, for the term of ten years, accord to the merchant vessels of the other country the same treatment in respect of all port charges, including entrance and clearance dues, light dues, and tonnage duties, as it accords to its own merchant vessels, not engaged in the coastwise trade.

Article XVI

It is understood that any obligations assumed in this treaty by the United States with respect to Cuba are limited to the time of its occupancy thereof; but it will upon termination of such occupancy, advise any Government established in the island to assume the same obligations.

Article XVII

The present treaty shall be ratified by the President of the United States, by and with the advice and consent of the Senate thereof, and by Her Majesty the Queen Regent of Spain; and the ratifications shall be exchanged at Washington within six months from the date hereof, or earlier if possible.

In faith whereof, we, the respective Plenipotentiaries, have signed this treaty and have hereunto affixed our seals.

Done in duplicate at Paris, the tenth day of December, in the year of Our Lord one thousand eight hundred and ninety-eight.

[Seal] William R. Day
[Seal] Cushman K. Davis
[Seal] William P. Frye
[Seal] Geo. Gray
[Seal] Whitelaw Reid
[Seal] Eugenio Montero Rios
[Seal] B. de Abarzuza
[Seal] J. de Garnica
[Seal] W. R. de Villa Urrutia
[Seal] Rafael Cerero

X.2. Leasingvertrag vom 23. Februar 1903

Treaty Series No. 418:¹⁶⁹

**LEASE OF COALING OR NAVAL STATIONS AGREEMENT BETWEEN THE
UNITED STATES AND CUBA**

Signed by the President of Cuba, February 16, 1903.

Signed by the President of the United States, February 23, 1903.

Agreement

Between the United States of America and the Republic of Cuba for the lease (subject to terms to be agreed upon by the two Governments) to the United States of lands in Cuba for coaling and naval stations.

The United States of America and the Republic of Cuba, being desirous to execute fully the provisions of Article VII of the Appendix to the Constitution of the Republic of Cuba promulgated on the 20th of May, 1902, which provide:

"Article VII. To enable the United States to maintain the independence of Cuba, and to protect the people thereof, as well as for its own defense, the Cuban Government will sell or lease to the United States the lands necessary for coaling or naval stations, at certain specified points, to be agreed upon with the President of the United States."

Have reached an agreement to that end, as follows:

Article I

The Republic of Cuba hereby leases to the United States, for the time required for the purposes of coaling and naval stations, the following described areas of land and water situated in the Island of Cuba:

1st. In Guantanamo (see Hydrographic Office Chart 1857). From a point on the south coast, 4.37 nautical miles to the eastward of Windward Point Light House, a line running north (true) a distance of 4.25 nautical miles; From the northern extremity of this line, a line running west (true), a distance of 5.87 nautical miles; From the western extremity of this last line, a line running south-west (true), 3.31 nautical miles; From the southwestern extremity of

¹⁶⁹

this last line, a line running south (true), to the seacoast. This lease shall be subject to all the conditions named in Article II of this agreement.

2nd. In Northwestern Cuba (see Hydrographic Office Chart 2036). In Bahia Honda (see Hydrographic Office Chart 520b).

All that land included in the peninsula containing Cerro del Morillo and Punta del Carenero situated to the westward of a line running south (true) from the north coast at a distance of thirteen hundred yards east (true) from the crest of Cerro del Morrillo, and all the adjacent waters touching upon the coast line of the above described peninsula and including the estuary south of Punta del Carenero with the control of the headwaters as necessary for sanitary and other purposes.

And in addition all that piece of land and its adjacent waters on the western side of the entrance to Bahia Honda included between the shore line and a line running north and south (true) to low water marks through a point which is west (true) distant one nautical mile from Pta. Dey Cayan.

Article II

The grant of the foregoing Article shall include the right to use and occupy the waters adjacent to said areas of land and water, and to improve and deepen the entrances thereto and the anchorages therein, and generally to do any and all things necessary to fit the premises for use as coaling or naval stations only, and for no other purpose.

Vessels engaged in the Cuban trade shall have free passage through the waters included within this grant.

Article III

While on the one hand the United states recognizes the continuance of the ultimate sovereignty of the Republic of Cuba over the above described areas of land and water, on the other hand the Republic of Cuba consents that during the period of the occupation by the United states of said areas under the terms of this agreement the United states shall exercise complete jurisdiction and control over and within said areas with the right to acquire (under conditions to be hereafter agreed upon by the two Governments) for the public purposes of the United States any land or other property therein by purchase or by exercise of eminent domain with full compensation to the owners thereof.

Done in duplicate at Habana, and signed by the President of the Republic of Cuba, this the sixteenth day of February, 1903.

(SEAL) T. Estrada Palma

Signed by the President of the United States the twenty-third of February 1903.

(SEAL) Theodore Roosevelt

Treaty Series No. 426:¹⁷⁰

**LEASE OF COALING OR NAVAL STATIONS AGREEMENT BETWEEN THE
UNITED STATES OF AMERICA AND CUBA**

Signed at Habana, July 2, 1903

Approved by the President of the United States, October 2, 1903

Ratified by the President of Cuba. August 17, 1903

Ratifications exchanged at Washington, October 6, 1903.

The United States of America and the Republic of Cuba, being desirous to conclude the conditions of the lease of areas of land and waters for the establishment of naval or coaling stations in Guantanamo and Bahia Honda the Republic of Cuba made to the United States by the Agreement of February 16/23, 1903, in fulfillment of the provisions of Article Seven of the Constitutional Appendix of the Republic of Cuba, have appointed their Plenipotentiaries to that end.

The President of the United States of America, Herbert G. Squiers, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Havana,

And the President of the Republic of Cuba, Jose M. Garcia Montes, Secretary of Finance, and acting Secretary of State and Justice, who, after communicating to each other their respective full powers, found to be in due form, have agreed upon the following Articles:

¹⁷⁰

Article I

The United States of America agrees and covenants to pay for the Republic of Cuba the annual sum of two thousand dollars, in gold coin of the United States, as long as the former shall occupy and use said areas of land by virtue of said Agreement.

All private lands and other real property within said areas shall be acquired forthwith by the Republic of Cuba.

The United States of America agrees to furnish to the Republic of Cuba the sums necessary for the purchase of said private lands and properties and such sums shall be accepted by the Republic of Cuba as advance payment on account of rental due by virtue of said Agreement.

Article II

The said areas shall be surveyed and their boundaries distinctly marked by permanent fences or enclosures.

The expenses of construction and maintenance of such fences or enclosures shall be borne by the United States.

Article III

The United States of America agrees that no person, partnership, or corporation shall be permitted to establish or maintain a commercial, industrial or other enterprise within said areas.

Article IV

Fugitives from justice charged with crimes or misdemeanors amenable to Cuban law, taking refuge within said areas, shall be delivered up by the United States authorities on demand by duly authorized Cuban authorities.

On the other hand, the Republic of Cuba agrees that fugitives from justice charged with crimes or misdemeanors amenable to United States law, committed within said areas, taking refuge in Cuban territory shall on demand, be delivered up to duly authorized United States authorities.

Article V

Materials of all kinds, merchandise, stores and munitions of war imported into said areas for exclusive use and consumption therein, shall not be subject to payment of customs duties nor

any other fees or charges and the vessels which may carry same shall not be subject to payment of port, tonnage, anchorage or other fees, except in case said vessels shall be discharged without the limits of said areas; and said vessels shall not be discharged without the limits of said areas otherwise than through a regular port of entry of the Republic of Cuba when both cargo and vessel shall be subject to all Cuban Customs laws and regulations and payment of corresponding duties and fees.

It is further agreed that such materials, merchandise, stores and munitions of war shall not be transported from said areas into Cuban territory.

Article VI

Except as provided in the preceding Article vessels entering into or departing from the Bays of Guantanamo and Bahia Honda within the limits of Cuban territory shall be subject exclusively to Cuban laws and authorities and orders emanating from the latter in all that respects port police, Customs or Health, and authorities of the United States shall place no obstacle in the way of entrance and departure of said vessels except in case of a state of war.

Article VII

This lease shall be ratified and the ratifications shall be exchanged in the City of Washington within seven months from this date.

In witness thereof, We, the respective Plenipotentiaries, have signed this lease and hereunto affixed our Seals.

Done at Havana, in duplicate in English and Spanish this second day of July nineteen hundred and three.

(seal) H. G. Squiers

(seal) Jose M. Garcia Montes

I, Theodore Roosevelt, President of the United States of America, having seen and considered the foregoing lease do hereby approve the same, by virtue of the authority conferred by the seventh of the provisions defining the relations which are to exist between the United States and Cuba, contained in the Act of Congress approved March 2, 1901. Entitled "an Act making appropriation for the support of the Army for the fiscal year ending June 30, 1902."

Washington, October 2, 1903. Theodore Roosevelt

X.3. Vertrag vom 29. Mai 1934

Treaty Series. 866:¹⁷¹

**RELATIONS TREATY BETWEEN THE UNITED STATES OF AMERICA AND
CUBA**

Signed at Washington, May 29, 1934

Ratification advised by the Senate of the United States, May 31, 1934 (legislative day of May 28, 1934)

Ratified by the President of the United States, June 5, 1934.

Ratified by Cuba, June 4, 1934. Ratifications exchanged at Washington, June 9, 1934.

Proclaimed by the President of the United States, June 9, 1934.

UNITED STATES GOVERNMENT PRINTING OFFICE WASHINGTON: 1934

By the President of the United States of America

A PROCLAMATION

WHEREAS a treaty of Relations between the United States of America and the Republic of Cuba was concluded and signed by the respective Plenipotentiaries at Washington on the twenty-ninth day of May, one thousand nine hundred and thirty-four, the original of which Treaty, being in the English and Spanish languages, is word for word as follows:

The United States of America and the Republic of Cuba, being animated by the desire to fortify the relations of friendship between the two countries and to modify, with this purpose, the relations established between them by the Treaty of Relations signed at Habana, May 22, 1903, have appointed, with this intention, as their Plenipotentiaries:

The President to the United States of America; Mr. Cordell Hull, Secretary of States of the United States of America, and Mr. Sumner Welles, Assistant Secretary of States of the United States of America; and

¹⁷¹

The Provisional President of the Republic of Cuba, Senor Dr. Manuel Marquez Sterling, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the Republic of Cuba to the United States of America;

Who, after having communicated to each other their full powers which were found to be in good and due form, have agreed upon the following articles:

Article I

The Treaty of Relations which was concluded between the two contracting parties of May 22, 1903, shall cease to be in force, and is abrogated, from the date on which the present Treaty goes into effect.

Article II

All the acts effected in Cuba by the United States of America during its military occupation of the island, up to May 20, 1902, the date on which the Republic of Cuba was established, have been ratified and held as valid; and all the rights legally acquired by virtue of those acts shall be maintained and protected.

Article III

Until the two contracting parties agree to the modifications or abrogation of the stipulations of the agreement in regard to the lease to the United States of America of lands in Cuba for coaling and naval stations signed by the President of the Republic of Cuba on February 16, 1903, and by the President of the United States of America on the 23rd day of the same month and year, the stipulations of that agreement with regard to the naval stations of Guantanamo shall continue in effect. The supplementary agreement in regard to naval or coaling stations signed between the two Governments on July 2, 1903, also shall continue in effect in the same form and on the same conditions with respect to the naval station at Guantanamo. So long as the United States of America shall not abandon the said naval station of Guantanamo or the two Governments shall not agree to a modification of its present limits, the station shall continue to have territorial area that it now has, with the limits that it has on the date of the signature of the preset Treaty.

Article IV

If at any time in the future a situation should arise that appears to point an outbreak of contagious disease in the territory of either of the contracting parties, either of the two Governments shall, for its own protection, and without its act being considered unfriendly, exercise freely and at its discretion the right to suspend communications between those of its ports that it may designate and all or part of the territory of the other party, and for the period that it may consider to be advisable.

Article V

The present Treaty shall be ratified by the contracting parties in accordance with their respective constitutional methods; and shall go into effect on the date of the exchange of their ratifications, which shall take place in the city of Washington as soon as possible.

IN FAITH WHEREOF, the respective Plenipotentiaries have signed the present Treaty and have affixed their seals hereto.

DONE in duplicate, in the English and Spanish languages, at Washington on the twenty-ninth day of May, one thousand nine hundred and thirty-four.

(seal) Cordell Hull

(seal) Sumner Welles

(seal) M. Marquez Sterling

AND WHEREAS, the said Treaty has been duly ratified on both parts, and the ratifications of the two governments were exchanged in the city of Washington on the ninth day of June one thousand nine hundred and thirty-four;

NOW THEREFORE be it known that I, Franklin D. Roosevelt, President of the United States of America, have caused the said Treaty to be made public, to that end that the same and every article and clause thereof may be observed and fulfilled with good faith by the United States of America and the citizens thereof.

IN TESTIMONY WHEREOF, I have hereunto set my hand and caused the seal of the United States of America to be affixed.

DONE in the City of Washington this ninth day of June, in the year of our Lord one thousand nine hundred and thirty-four and of the Independence of the United States of America the one hundred and fifty-eighth.

Franklin D. Roosevelt

By the President:

Cordell Hull

Secretary of State

XI. Literaturverzeichnis

X.1. Literaturquellen

Allemann, Fritz Rene (1961):

Fidel Castro. Die Revolution der Bärte. Rütten& Loening Verlag. Das aktuelle Thema Band 8. Hamburg, Deutschland.

Ali, Tariq (2008):

Piraten der Karibik. Die Achse der Hoffnung. Evo Morales, Fidel Castro, Hugo Chavez. Aus dem Englischen von Michael Bayer, Ursula Pesch und Karin Schuler. Diederichs Verlag. London, New York.

Bourne, Peter G. (1988)

Fidel Castro. ECON Verlag. Düsseldorf, Wien, New York.

Buergenthal, Thomas (Hrsg.) (2000):

Grundzüge des Völkerrechts. 2. neubearbeitete und erweiterte Auflage. C. F. Müller Verlag. Heidelberg, Deutschland.

Büsching, Stephan (2010):

Rechtsstaat und Terrorismus. Untersuchung der sicherheitspolitischen Reaktionen der USA, Deutschlands und Großbritanniens auf den internationalen Terrorismus. Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften. Dissertation. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien.

Brosch, Oliver (2007):

Die Beziehung zwischen der Republik Kuba, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union. La Historia Me Absolvera. Diplomarbeit. Universität Wien, Österreich.

Brosche, Hartmut (1974):

Zwang beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge. Eine Untersuchung der in der Wiener Vertragsrechtskonvention von 1969 getroffenen Regelung. Schriften z um Völkerrecht. Band 35. Duncker& Humboldt Verlag. Berlin, Deutschland.

Castro, Fidel (2011):

Guantanamo. Why The Illegal US Base Should Be Returned To Cuba. Ocean Press. Melbourne, New York, London.

Castro, Fidel (2008):

Mein Leben. Fidel Castro mit Ignacio Ramonet. Aus dem Spanischen von Barbara Köhler. Rotbuch Verlag, 1. Auflage. Berlin, Deutschland.

Chomsky, Noam/ Haupt, Michael (Hrsg.) (2005)

"Warum hassen sie uns?". Die weltweiten Interventionen der USA. Vorwärts Buch GmbH. Berlin, Deutschland

Dietl, Ralph (1995):

USA und Mittelamerika. Die Außenpolitik von William J. Bryan 1913-1915. Franz Steiner Verlag Stuttgart. Dissertation. Tübingen, Deutschland.

Fischer, Peter/ Köck, Heribert Franz (2004):

Völkerrecht. Das Recht der universellen Staatengemeinschaft. Sechste, durchgesehene und erweiterte Auflage. Linde Verlag Wien GmbH., Wien, Österreich.

Gärtner, Heinz (2010):

Obama- Weltmacht auf neuen Wegen. LIT Verlag GmbH.& Co. KG. Band 10. Wien, Österreich.

Gollegger, Leonhard (2007):

Die unterschätze außen- und wirtschaftspolitische Relevanz des US- Congress für die Europäische Union. Ein prozessorientiertes Erklärungsmodell. Dissertation. Universität Innsbruck. Innsbruck, Österreich.

Hebenstreit, Johannes (2004):

Repressalien im humanitären Völkerrecht. Nomos Verlagsgesellschaft. 1. Auflage Baden- Baden, Deutschland.

Hobe, Stephan (2008):

Einführung in das Völkerrecht. Begründet von Otto Kimminich. Neunte, aktualisierte und erweiterte Auflage. Narr Francke Attempto Verlag GmbH & Co. KG. Tübingen, Deutschland.

Holzinger, Gregor (2003):

Fidel Castro un die kubanische Revolution bis zur Proklamation des Sozialismus. Diplomarbeit. Wien, Österreich.

Hucke, Matthias (2008):

Der Schutz der Menschenrechte im Lichte von Guantanamo. Die Behandlung der Gefangenen und die Begründung von Menschenrechten. VDM Verlag Dr. Müller AG& Co. KG. Saarbrücken, Deutschland.

Huhn, Klaus (2002)

Der vierzigjährige U.S.-Feldzug gegen Kuba. Spotless Verlag. Berlin, Deutschland.

Huddleston, Vicki/ Pascual, Carlos (2010):

Learning to Salsa. New Steps in US- Cuba Relations. Brookings Institution Press. Washington D.C., USA.

Irving, Stephen/ Schwab, Max (2009):

Guantanamo, USA. The Untold History of America's Cuban Outpost. University Press of Kansas. Kansas, USA.

Jacobitz, Robin (1991):

Antonio Gramsci. Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik. Arbeitspapier Nr. 5, Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft. Universität Marburg. Marburg, Deutschland.

Klein, Eckart (1980):

Statusverträge im Völkerrecht. Rechtsfragen territorialer Sonderregime. Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht. Springer Verlag. Berlin, Heidelberg, New York.

Lipman, Jana K. (2009):

Guantanamo. A Working- Class History between Empire and Revolution. University of California Press. Berkeley, Los Angeles, London.

Löw, Raimund (2007):

Einsame Weltmacht. Die USA im Abseits. Ecowin Verlag GmbH. Salzburg, Österreich.

Meiertöns, Heiko (2006):

Die Doktrinen U.S.- amerikanischer Sicherheitspolitik. Völkerrechtliche Bewertung und ihr Einfluss auf das Völkerrecht. Nomos VerlagsgmbH. 1. Auflage. Baden- Baden, Deutschland.

Minnerop, Petra (2004)

Paria- Staaten im Völkerrecht? Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht. May- Planck- Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. Band 178. Springer Verlag. Berlin, Heidelberg, New York.

Neuhold, Hanspeter/ Hummer, Waldemar/ Schreuer, Christoph (1997)

Österreichisches Handbuch des Völkerrechts. Band 1: Textteil. Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. Wien, Österreich.

Randelzhofer, Albrecht (1998):

Völkerrechtliche Verträge. Beistandspakte, Menschenrechte, Seerecht, Luft- und Weltraumrecht, Kriegsführungsrecht, Kriegsrecht. 8. neubearbeitete Auflage. Deutscher Taschenbuch Verlag. Berlin, Deutschland.

Rapley, Robert (2007):

Witch Hunts. From Salem to Guantanamo Bay. McGill- Queen's University Press. Montreal & Kingston, London, Ithaca.

Ratner, Michael (2005):

America's Disappeared. Detainees, Secret Imprisonment, and the "War on Terror". An Open Media Book. Seven Stories Press. New York, London, Toronto, Melbourne.

Rose, David (2004):

Guantanamo Bay. Amerikas Krieg gegen die Menschenrechte. S. Fischer Verlag GmbH. Frankfurt am Main, Deutschland.

Roy, Joaquin (2000):

Cuba, the United States, and the Helms- Burton Doctrine. International Reactions. University Press of Florida. Gainesville, Tallahassee, Tampa, Boca Raton Pensacola, Orlando, Miami, Jacksonville, USA.

Schenkel Eisenherzt, Peter (2008):

Kuba unter Castro. Fidel, Che, die Revolution und ich. F.A. Herbig VerlagsgmbH. München, Deutschland.

Schörnig, Niklas (2010):

Neorealismus. In: Spindler, Manuela/ Schieder, Siegfried (Hrsg.) (2010): **Theorien der International Beziehungen.** 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Verlag Barbara Budrich. Opladen, Farmington Hills, MI.

Schuhmann, Clemens Richard (1995):

Die US- Amerikanische Handelsblockade gegenüber Kuba. Diplomarbeit. Wien, Österreich.

Slupetzky, Nicole (1999):

Europa und der spanisch- amerikanische Krieg. Reaktionen und Verhalten der europäischen Großmächte auf den spanisch- amerikanischen Krieg 1898 im Vergleich. Dissertation. Salzburg, Österreich.

Spindler, Manuela/ Schieder, Siegfried (Hrsg.) (2010):

Theorien der Internationalen Beziehungen. 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Verlag Barbara Budrich. Opladen, Farmington Hills, MI.

Stein, Torsten/ von Buttlar, Christian (2005):

Völkerrecht. Academia Iuris. Lehrbücher der Rechtswissenschaft. 11. komplett neubearbeitete Auflage. Carl Heymanns Verlag. Köln, Berlin, München.

Steininger, Rolf (2011):

Die Kubakrise 1962. Dreizehn Tage am atomaren Abgrund. Olzog Verlag GmbH. München, Deutschland.

Weberndorfer, Andreas (2005):

Die Rechtsstellung der Al- Kaida Häftlinge auf dem US- Militärstützpunkt Guantanamo, Kuba. Diplomarbeit. Salzburg, Österreich.

Willemsen, Roger (2006):

Hier spricht Guantanamo. Interviews mit Ex- Häftlingen. Fischer Taschenbuch Verlag GmbH. Frankfurt am Main, Deutschland.

Wong, Kam S. (1994):

The Cuban Democracy Act 1992. The Extraterritorial Scope of Section 1706. In: University of Pennsylvania (Hg.). **Journal of International Business Law.** Vol. 14, No. 4. USA

Zeuske, Michael (2007):

Kleine Geschichte Kubas. 3. überarbeitete und aktualisierte Auflage. C. H. Beck Verlag. München, Deutschland.

Zeuske, Michael (2011):

Kuba zwischen Reformen und Revolution.

In: *Eßler, Cristina/ Götsch, Marieke/ Hartmann, Johanna/ Loschky, Miriam/ Wendle, Sarah/ Wöhrle, Julia (Hrsg.) (2011): Kuba.* 50 Jahre zwischen Revolution, Reform- und Stillstand? Wissenschaftlicher Verlag. Berlin, Deutschland.

XI.1.1. UN Charta und Wiener Vertragsrechtskonvention

- UN- Charta
- Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23. Mai 1969

XI.2. Zeitungs- und Zeitschriftenquellen

Lexington:

How to close Guantanamo. Maybe this has become the wrong question for Barack Obama. In: *The Economist*. February 24th 2011.

American Journal of International Law. Volume 90, No. 3, July 1996.

XI.3. Internetquellen

<http://www.rastlos.com/kuba/geschichte/>

<http://www.zeit.de/online/2009/05/obama-schliesst-guantanamo>

http://mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/bush_jr_110901/bush_terror_11.09.01.pdf

http://www.beepworld.de/members34/welt_frieden/genf.htm

<http://www.heise.de/tp/artikel/14/14334/1.html>

<http://www.n-tv.de/politik/Obama-fuehrt-Tribunale-wieder-ein-article2782721.html>

<http://www.stern.de/politik/ausland/saddam-hussein-der-tyrann-starb-im-morgengrauen-579487.html>

<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Irak/bush-uno.html>

http://osd.dtic.mil/news/Feb2002/n02082002_200202086.html

<http://derstandard.at/1317018463497/Lager-weiter-in-Betrieb-Schliessung-Guantanamos-ist-Frage-des-politischen-Willens>

<http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/schaeuble-guantanamo-haeftlinge-sind-problem-der-usa/1425036.html>

<http://www.tagesschau.de/inland/guantanamo204.html>

<http://www.hongkong-gesellschaft.de/8.html>

<http://www.arte.tv/de/387256,CmC=387274.html>

<http://www.ard.de/mensch-alltag/invasion-in-der-schweinebucht/-/id=918676/nid=918676/did=1876750/1ixohtr/index.html>

<http://www.ard.de/mensch-alltag/invasion-in-der-schweinebucht/-/id=918676/mpdid=1876750/nid=918676/did=1876750/svl9hy/index.html>

<http://www.ard.de/mensch-alltag/invasion-in-der-schweinebucht/-/id=918676/nid=918676/did=1876750/mpdid=1876796/oo934s/index.html>

<http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-231.html>
<http://www.matices.de/17/17skuba.htm>
http://www.realnews247.com/camp_x_ray_org.htm
<http://www.stern.de/politik/ausland/obamas-entspannungspolitik-usa-lockern-reisebestimmungen-fuer-exil-kubaner-1507146.html>
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/lateinamerika-obama-lockert-kuba-sanktionen-1791495.html>
<http://www.badische-zeitung.de/freiburg/guant-namo-zu-schliessen-ist-komplizierter-als-erwartet--50991289.html>
http://avalon.law.yale.edu/19th_century/sp1898.asp
<http://www.cnic.navy.mil/guantanamo/About/History/GuantanamoBayHistoryMurphy/Volume1Appendices/AppendixA/index.htm>
<http://www.state.gov/www/regions/wha/cuba/helms.html>
http://www.state.gov/www/regions/wha/cuba/democ_act_1992.html
http://www.gipfel-und-grenzen.de/was_sind_enklaven_exklaven_.php
<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11348913/492531/>
<http://www.wahlrecht.de/ausland/us-praesidentenwahl-infos.html#electoral-college-2008>
<http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/C?c104:./temp/~c104l1ODK0>
<http://www.wsws.org/de/2012/jan2012/obam-j04.shtml>

XII. Lebenslauf

Mohammad Najman

Gabésstraße 34, 4030 Linz
+43/ 699/ 18082085, najman@liwest.at

Lebenslauf

Persönliche Daten:

Name:	Mohammad Najman
Geburtsdatum, -land	21.03.1984, Irak
Staatsangehörigkeit:	Österreich
Familienstand:	ledig

Schulbildung:

1991 – 1999	Pflichtschule in Traun
1999 – 2004	Fachschule für chemische Betriebstechnik in Wels
2004 – 2006	Berufsreifeprüfung WIFI Linz / HTL Wels
10. 2006 – 03. 2012	Studium der „Politikwissenschaft“ an der Universität Wien mit den Schwerpunkten • Internationale Politik • Europäische Union • Friedens- und Konfliktforschung
30. 07. – 06. 06. 2009	ERASMUS- Studium an der Universität Oslo Universitetet i Oslo

Berufserfahrung

08. 07. – 02. 08. 2002	Land OÖ - Gewässerschutzlabor Ferialarbeit im Labor
01. 09. – 28. 11. 2003	LINZ AG IWA- Asten Technikerpraktikum im Abwasserlabor
27. 10. – 28. 02. 2005	ACCO GmbH Linz, Chemielabor AMI
30. 01. – 28. 02. 2006	ACCO GmbH Linz, Chemielabor AMI
07. 07. – 31. 07. 2007	Hermes Logistik Transport
06. 12. – 20. 01. 2008	Interviewer bei GfK Austria, geringfügige Tätigkeit
05. 10. – 31. 12. 2009	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in Wien, Volontariat (BMeiA)
06. 09. – 29. 10. 2010	Ständige Vertretung Österreichs bei der OSZE in Wien, Volontariat (BMeiA)

15. 11. – 24. 12. 2010
26. 11. – 26. 12. 2011

Fan- Shop Strobl, Wien
Tankstelle Jet Wien, Kapan e. U.,
geringfügige Tätigkeit

Volontär- Tätigkeiten:

07. 06. – 29. 06. 2008

UEFA EURO 2008 Österreich - Schweiz,
Wien

08. 08. – 23. 08. 2009

IAAF Leichtathletik WM Berlin

18. 01. – 31. 01. 2010

EHF Handball EURO 2010 Österreich, Linz

seit 01. 10. 2009...

Erasmus- Student- Network, Buddy

31. 05. – 05. 06. 2010

ACUNS 23rd Annual Meeting, Wien

18. 07. – 23. 07. 2010

XVIII Int. Aids Konferenz Österreich, Wien

15. 06. – 07. 07. 2011

FIFA Frauen- Fußball WM in Deutschland,
Bochum

Studienreisen:

31. 01. – 16. 02. 2008

Studienreise nach *New York, Washington
DC und Williamsburg, Virginia (USA)*

10. 02. – 17. 03. 2011

Studienreise nach *New York, Washington
DC und Williamsburg, Virginia (USA)*

Besondere Kenntnisse:

Sprachen:

Kurdisch	Verhandlungssicher
Deutsch	Sicher in Wort und Schrift
Englisch	Sicher in Wort und Schrift
Arabisch	Basiskennntnis (mdl.)
Norwegisch	Basiskennntnis in Wort und Schrift

EDV:

MS Office Paket

Interessen:

Computerarbeit, Politik, Sport,
Luftfahrttechnologie und – Industrie

Linz, Januar 12